

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **14./15. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2008/2009 vom 8. Dezember 2008

von 16.15 bis 18.30 und von 20.00 bis 22.30 Uhr

Vorsitz: W. Langhard (SVP)

Protokoll: K. Lang

Entschuldigt Abendsitzung: R. Keller (SVP)
Beide Sitzungen: U. Fischer (EVP)

Traktanden

- 1.* Protokoll der 8./9. Sitzung vom 15. Sept. 2008
- 2.* Wahl eines Mitgliedes der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur anstelle des zurückgetretenen R. Schürmann (CVP) für den Rest der Amtsdauer 2006/2010
- 3.* Wahl eines Mitgliedes der Sachkommission Soziales und Sicherheit anstelle der zurückgetretenen U. Dolski (CVP) für den Rest der Amtsdauer 2006/2010
- 4.* Wahl der neuen Ombudsperson für die Amtsdauer 2008/2012
- 5.* Aufhebung der Spezialkommission Ombudsperson
- 6.* 08/082 Voranschlag 2009 und Festsetzung des Steuerfusses - Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2010 - 2012 (IAFP) (DFI)
- 7.* 08/108 Nachtrag zum Voranschlag 2009 "Novemberbrief" (DFI)
- 8.* 08/092 Teilverzicht auf Rückforderung von Darlehen an den Verein Rheuma-Volkshilfsstätte Leukerbad und Bewilligung der Löschung von Grundpfandsicherungen (DFI)

* an dieser Sitzung behandelte Geschäfte

Bürgerrechtsgeschäfte

1. B07/059 Tas Mamo, geb. 1948 und Ehefrau Tas geb. Hayda Cennet, geb. 1953, türkische Staatsangehörige
2. B08/052 Maksimovic geb. Stojanovic Stanislava, geb. 1977, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

3. B08/079 Ergen geb. Gürler Neriman, geb. 1950, türkische Staatsangehörige
4. B08/087 Ildem Veysel, geb. 1966, türkischer Staatsangehöriger
5. B08/098 Saranovic geb. Todorovic Biljana, geb. 1975 und Ehemann Saranovic Radoslav, geb. 1973, mit Kindern Vanja, geb. 2001 und Martina, geb. 2003, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
6. B08/106 Knezevic geb. Todorovic Dragana, geb. 1977, mit Kind Valentina, geb. 2006, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
7. B08/113 Ramadani Nerdzan, geb. 1987, mazedonische Staatsangehörige
8. B08/164 Krpoun Ricardo, geb. 1947 und Ehefrau Krpoun geb. Siebert Elisabeth, geb. 1952, brasilianische Staatsangehörige
9. B08/179 Sobic geb. Matic Milanka, geb. 1978, mit Kindern Nevena, geb. 1996 und Ana, geb. 1999, serbische Staatsangehörige
10. B08/180 Springer Karl, geb. 1942, deutscher Staatsangehöriger
11. B08/181 Stevanovic Milomir, geb. 1958 und Ehefrau Stevanovic geb. Civic Slavica, geb. 1963, mit Kind Dijana, geb. 1996, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
12. B08/183 Berisha Shaban, geb. 1957 und Ehefrau Berisha geb. Ahmeti Hava, geb. 1957, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
13. B08/184 Borth Joachim Theodor Arnold, geb. 1955 und Ehefrau Joly-Borth geb. Joly Angela, geb. 1955, deutsche Staatsangehörige
14. B08/186 Jove Sacobos geb. Jove Epifania, geb. 1953 und Ehemann Sacobos Gil, geb. 1957, mit Kindern Sacobos Darygil, geb. 1992 und Sacobos Giliane Rica, geb. 1997, philippinische Staatsangehörige
15. B08/187 Lorenzo González Modesto, geb. 1976, spanischer Staatsangehöriger
16. B08/188 Ademi Ariv, geb. 1964, mazedonischer Staatsangehöriger
17. B08/189 Azemi geb. Bajrami Ganimete, geb. 1982 und Ehemann Azemi Djemilj, geb. 1974, mit Kindern Majlinda, geb. 2002 und Arlind, geb. 2003, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
18. B08/190 Dauti geb. Mahmudi Mevljudie, geb. 1982, mazedonische Staatsangehörige
19. B08/191 Eminovic Etem, geb. 1977 und Ehefrau Eminovic geb. Hasani Shpresa, geb. 1973, mit Kindern Alban, geb. 1995 und Agon, geb. 2000, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
20. B08/192 Gamiao Amado, geb. 1956 und Ehefrau Gamiao geb. Jove Bernardita, geb. 1958, mit Kind Patrick, geb. 1994, philippinische Staatsangehörige
21. B08/193 Pelagatti geb. Hühwels Ingrid Anne Marie, geb. 1951, italienische Staatsangehörige
22. B08/194 Rajappu Christy Mark, geb. 1970, mit Kind Neethan, geb. 2008, srilankische Staatsangehörige
23. B08/195 Stojkovic Stojan, geb. 1944 und Ehefrau Stojkovic geb. Savic Stojanka, geb. 1941, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

24. B08/196 Wlazlo Michal Kazimierz, geb. 1949 und Ehefrau Wlazlo geb. Niemiec Maria Weronika, geb. 1952, polnische Staatsangehörige
25. B08/197 Zbit Yasmine, geb. 1978, marokkanische Staatsangehörige
26. B08/198 Abdi Zumrija, geb. 1978, mit Kind Murati Sabina, geb. 2001, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
27. B08/205 Jankovic Dusan, geb. 1959 und Ehefrau Jankovic geb. Petrovic Slavica, geb. 1962, serbische Staatsangehörige
28. B08/258 Govori Majlinda, geb. 1993, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
29. B08/259 Govori Rinor, geb. 1995, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger
30. B08/262 Rexhaj Besfort, geb. 1992, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger

Ratspräsident W. Langhard begrüsst zur 14. und 15. Sitzung im Amtsjahr 2008/2009.

Mitteilungen

Ratspräsident W. Langhard: Heute ist R. Schürmann zum letzten Mal im Rat. Er ist seit dem 13. Mai 2002 Mitglied des Gemeinderates und tritt per 31. Dezember 2008 zurück. In diesen mehr als sechseinhalb Jahren war R. Schürmann vom 13. Mai 2002 bis am 8. September 2002 Mitglied der Sachkommission Bau und Betriebe und bis am 22. Mai 2005 Mitglied der Aufsichtskommission. Vom 23. Mai 2005 bis 14. Mai 2006 war er Präsident der Bürgerrechtskommission und vom 15. Mai 2006 bis am 31. Dezember 2008 gehörte R. Schürmann der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur an. R. Schürmann hat zusätzlich als Präsident die Spezialkommission Ombudsperson mit viel Elan und Können ans Ziel geführt. Ratspräsident W. Langhard dankt R. Schürmann und der ganzen Kommission für die speditive Arbeit im Findungsprozess. Der Ratspräsident dankt R. Schürmann ganz herzlich für sein Engagement für die Winterthurer Politik. Der Gemeinderat lässt R. Schürmann nicht gerne gehen und wird ihn vermissen. Im Namen der Ratsmitglieder wünscht der Ratspräsident R. Schürmann und seiner Familie alles Gute, eine frohe Weihnachtszeit und in Zukunft viel Freude und Freizeit – Zeit für die Musik und die weiteren Hobbys. Ratspräsident W. Langhard überreicht R. Schürmann die Urkunde, das Abschiedsgeschenk wird ihm R. Bruhin Anfang Jahr überreichen.

Der Rat verabschiedet R. Schürmann mit Applaus.

Ratspräsident W. Langhard hofft, dass das Budget zügig durchberaten werden kann. Nach getaner Arbeit lädt er die Ratsmitglieder zu einem Weihnachts-Apéro in den Festsaal ein. Dort möchte er mit allen auf eine frohe Adventszeit anstossen. Der Ratspräsident hat dem Landboten die Erlaubnis gegeben, zu fotografieren.

Fraktionserklärung

H. Keller (SVP): Die SVP-Fraktion nimmt mit befremden zur Kenntnis, dass der Stadtrat das Gewerbebauland von 60'000 Quadratmetern an der Frauenfelderstrasse – ehemaliges Pünten-Areal – nicht zur Nutzung vorbereitet. In den Legislatorschwerpunkten von 2002 bis 2006 betont der Stadtrat mit Nachdruck, dass die Stadt Winterthur als wirtschaftliches Zentrum gestärkt werden soll. Expansionspläne von ansässigen, sowie von zugezogenen Unternehmungen sollten unterstützt werden. Mit einer aktiven Bodenpolitik und der Ergänzung der bestehenden Verkehrserschliessung will die Stadt die dafür notwendigen Voraussetzungen

schaffen. 2004 schrieb der Stadtrat: „Mit der Umnutzung des Pünten-Areals, wird eine wesentliche Voraussetzung geschaffen, anschliessend an die Verlegung der Pünten kann eine Sanierung der Altlasten und die Umzonung in Angriff genommen werden. Der Stadtrat will mit verschiedenen Massnahmen erreichen, dass sich neue Firmen auf dem Stadtgebiet ansiedeln oder eingesessene Firmen expandieren können. Das Areal an der Frauenfelderstrasse ist dazu bestens geeignet, um es potenziellen Investoren anzubieten. Dieser Meinung teilt die SVP – aber nur, wenn das Grundstück Bauland ist. 2006 hat in der Sachkommission Bau und Betriebe U. Böni erwähnt, dass bereits einige Interessenten vorhanden sind. Jetzt verschiebt der Stadtrat die Erschliessung und die Altlastensanierung um ein weiteres Jahr. So bleiben die neuen Investoren mit Sicherheit Winterthur fern.

Stadtpräsident E. Wohlwend: Der Stadtrat ist gleicher Meinung wie H. Keller. Es handelt sich tatsächlich um ein Stück Land, das sich dazu eignet um Gewerbe anzusiedeln und es bestehen bereits entsprechende Pläne. Bevor das Land aber tatsächlich zur Verfügung steht, muss noch einiges geplant werden. Diese Verschiebung soll nicht verhindern, dass Firmen auf dem Areal angesiedelt werden können. Allerdings hat der Stadtrat gewisse Vorstellungen, wie dieses Land genutzt werden soll. Einige Bewerberinnen und Bewerber wurden abgelehnt, weil sie zum Beispiel sehr viel Land gebraucht hätten und verhältnismässig wenige Arbeitsplätze hätten anbieten können, oder weil wenig Wertschöpfung zu erwarten war. Im Weiteren besteht noch ein Anspruch der SBB, die ebenfalls Vorstellungen entwickelt hat, was auf diesem Land gebaut werden soll. Der Stadtrat führt deshalb intensive Gespräche. Das Land ist zu schade, um es mit SBB Bauten zu überbauen, obwohl zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen würden. Dieses Land ist ein Filetstück im Bereich der zu Verfügung stehenden Parzellen. Der Stadtrat wird sehr sorgfältig auswählen, um das Land gewinnbringend zu nutzen. Es sollen möglichst viele neue Arbeitsplätze damit verbunden sein und eine möglichst hohe Wertschöpfung entstehen, die sich auch in Steuererträgen niederschlägt. Dem Stadtrat liegt dieses Land sehr am Herzen. Deshalb wurde auch der Umzug der Familiengärten vorangetrieben.

Persönlich Erklärung

P. Dennler (SP) gibt Unterlagen der Fachstelle für Gleichstellung in Zirkulation. Es geht um eine Kampagne gegen Gewalt an Frauen. Zu den Unterlagen gehören ein Pin und ein Flugblatt. Die Ratsmitglieder können sich bedienen. Die Aktion ist eine gute Sache. Gerade in der Vorweihnachtszeit können vermehrt häusliche Probleme auftreten. Es ist wichtig, den Betroffenen zuzuhören und sie darauf hinzuweisen, dass die Polizei helfen kann aber auch andere Institutionen wie das Frauenhaus, das Nottelefon und verschiedene Fachstellen können helfen.

Dringliche Interpellation

Ungenügende Schneeräumung der Radstreifen / -wege auf den Hauptverkehrsachsen (GGR-Nr. 2008/118)

H. Keller (SVP): Der Winter steht bevor. H. Keller zeigt anhand von Bildern die Situation auf den Winterthurer Strassen einige Tage nach dem letzten Schneefall. Diese Bilder sprechen für sich. H. Keller bittet die Ratsmitglieder, die Dringlichkeit zu unterstützen.

Ratspräsident W. Langhard: Für eine Dringlichkeitserklärung muss die Mehrheit der anwesenden Ratsmitglieder zustimmen. Es sind 58 Ratsmitglieder anwesend, das absolute Mehr beträgt 30 Stimmen.

Der Rat stimmt mit offensichtlicher Mehrheit für die Dringlichkeit.

Stadtrat W. Bossert: Der WOV-Betrieb Winterdienst erbringt folgende Leistungen: 1. Strassen, Rad- und Gehwege, Plätze und Treppen Geh- und Fahrwege sicher erhalten. 2. Den öffentlichen Grund von grösseren Schneemengen frei pflügen. 3. Private Winterdienstaufträge ausführen. Die operativen Ziele sind wie folgt festgelegt: Hauptstrassen und Strassen mit öffentlichem Verkehr sind innert 4 Stunden befahrbar zu machen und die übrigen Strassen innert 12 Stunden – das mit einem Zielerfüllungsgrad von 95 %. Die Kosten des Winterdienstes sollen auf einem tiefen Quadratmeter-Preis gehalten werden.

Der Schnee wird auf den Strassen grundsätzlich nach rechts geräumt, auf den Gehwegen nach links. Damit entstehen am Strassenrand Schneemaden. Das bedeutet eine Verengung auf den Strassen und den Gehwegen. Irgendwo muss der Schnee deponiert werden. Aus ökologischen und ökonomischen Gründen wird der Schnee entlang der Strassen nicht abgeführt. Eine Ausnahme bilden die Innenstadt und der Bahnhofplatz, weil dort zu wenig Platz vorhanden ist. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, schmilzt der Schnee im Lauf von wenigen Tagen. Etwas problematischer ist, dass die seitlichen Schneemaden immer wieder von Autos und Lastwagen überfahren werden, und dass so die geräumten Radstreifen wieder mit Schnee bedeckt werden. Frage 2: Das 360 km lange Strassennetz von Winterthur ist nach Wichtigkeit und Dringlichkeit der Freihaltung gegliedert. Anhand dieser Gliederung sind die Strassen in drei Prioritätsstufen eingeteilt. Die Stufe 1 umfasst die Hauptachsen, Buslinien und die Zufahrten zu Spitälern und Bahnhöfen. Seit dem letzten Winter gehören auch die Hauptradwege und Hauptradstreifen zu dieser Priorität. Zur Stufe 2 gehören die wichtigen Quartierstrassen, die gefährlichen Strassen an Hanglagen, die Gehwege an Hauptstrassen und die weiteren Radwege. Die dritte Stufe umfasst die übrigen Quartierstrassen, die Nebenstrassen, die Treppen etc. Durch diese Prioritäten wird angestrebt einen effizienten und angemessenen und damit einen wirtschaftlichen und ökologischen Winterdienst zu gewährleisten.

Frage 1: Stadtrat W. Bossert erklärt die Einsätze während der letzten Schnee- und Eisperiode. Am Samstag 22. November 2008 um 18.30 Uhr bis um 19.15 Uhr wurden die kritischen Stellen gesalzen. Anschliessend – von 19.15 Uhr bis 23.15 Uhr wurden sämtliche Haupt- und Nebenstrassen inklusive Radstreifen gesalzen. Am Sonntagvormittag wurde erneut gesalzen bis morgens um 03.30 Uhr. Anschliessend wurde bis 9.45 erneut eine Salzroute durchgeführt. Am Sonntagabend wurde ab 20.30 Uhr bis um 1 Uhr nachts gesalzen und geräumt – gemäss der Grosssalzroute. Um 1 Uhr wurden die Arbeiten eingestellt, weil es stark schneite. 2 Stunden später wurde Vollalarm gegeben. 70 Fahrzeuge und 130 Mann wurden organisiert. Sämtliche Strassen wurden geräumt und gesalzen – auch die Rad- und Gehwege. Dieser Arbeitseinsatz dauerte bis 10.15 Uhr. Am Abend wurden die Strassen erneut gesalzen – bis 12.15 Uhr wurde gearbeitet. Am Dienstag wurde ebenfalls wieder gesalzen. Bei diesem letzten Einsatz wurden mit einem Grossaufwand sämtliche Strassen, Rad- und Gehwege geräumt und gesalzen. Von einem Verzicht auf eine gründliche Schneeräumung kann keine Rede sein. Der Stadtrat hat viele positive Rückmeldungen erhalten – auch von Velofahrenden. In einer Umfrage des Landboten waren 69 % der Befragten mit der Räumung zufrieden. Immer wieder muss der richtige Zeitpunkt und das rechte Mass für eine Räumung abgewogen werden. Jeden Winter wird die Stadt kritisiert, dass entweder zu früh oder zu spät geräumt und gesalzen und zu viel oder zu wenig unternommen werde. Alles gleichzeitig. Bei der letzten Schneeräumkampagne hätte man die Radstreifen entlang den Hauptachsen in den Folgetagen besser räumen können. Das muss der Stadtrat selbstkritisch eingestehen. Das Strasseninspektorat ist beauftragt künftig besser darauf zu achten.

P. Fuchs (SP) dankt Stadtrat W. Bossert für seine Ausführungen. Alle wissen, dass in Winterthur kein schwarzer Schnee fällt. Der Schnee auf den gezeigten Bildern ist mehr als dunkelgrau und liegt bereits länger als 12 Stunden. Abgesehen davon war der Schnee zum Teil hartgefroren. P. Fuchs fragt sich, ob es an den Hauptverkehrsachsen nicht möglich wäre den Schnee abzutransportieren. Das wäre bestimmt kein riesiger Aufwand.

O. Seitz (SP): Der Rat hat gehört wohin der Schnee geräumt wird. Irgendwo muss er ja liegen – das ist klar. Stadtrat W. Bossert hat auch aufgezeigt, dass sehr viel gearbeitet worden ist. Das ist das eine. Zum anderen ist der Schnee ein Grund, um die Sicherheit zu erhöhen. Wenn man die Bilder betrachtet, wird klar, dass die Sicherheit der Radfahrenden massiv beeinträchtigt wurde durch den Schnee. Die Frage warum der Schnee so lange liegengeblieben ist, ist berechtigt. Aus Sicht der Velofahrenden geht es nicht darum, dass der Schnee irgendwo liegen muss sondern um Sicherheit. Man muss sich überlegen, ob der Schnee an zentralen Orten nicht tatsächlich abtransportiert werden soll, um die Sicherheit der schwächsten Verkehrsteilnehmer zu erhöhen. Erste Priorität müsste klar der Langsamverkehr erhalten, und dann die übrigen Verkehrsteilnehmer.

H. Keller (SVP): Der Winterdienst hat viel gearbeitet, dafür bedankt sich H. Keller. Die Bilder sind 4 Tage nach dem Schneefall aufgenommen worden. Das ist eine lange Zeit. Der Radweg nach Stadel ist der einzig mögliche Schulweg der Kinder von H. Keller – öffentliche Verkehrsmittel gibt es nicht. Erst am Mittag wurde der Schnee geräumt. H. Keller hatte Angst um die Kinder, die diesen Weg nutzen mussten. Morgens um 6 Uhr hatte es aufgehört zu schneien. Das Strasseninspektorat sollte darauf achten, dass solche Strassen frühzeitig geräumt werden.

Ratspräsident W. Langhard: Die Einladung mit der Traktandenliste wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig zugesandt. Änderungsanträge werden keine gestellt.

1. Traktandum

Protokoll der 8./9. Sitzung vom 15. September 2008

Ratspräsident W. Langhard: Die Protokolle sind in der Stadtkanzlei zur Einsicht aufgelegt und im Internet veröffentlicht worden. Einsprachen sind keine eingegangen. Der Ratspräsident stellt den Antrag die Protokolle abzunehmen. Es gibt keine Einwendungen. Damit sind die Protokolle abgenommen.

2. Traktandum

Wahl eines Mitgliedes der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur anstelle des zurückgetretenen R. Schürmann (CVP) für den Rest der Amtsdauer 2006/2010

D. Hauser (SP) schlägt im Namen der IFK vor für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 U. Dolski (CVP) in die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur zu wählen.

Ratspräsident W. Langhard: Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Der Rat wählt U. Dolski mit grossem Mehr.

Ratspräsident W. Langhard gratuliert U. Dolski zu Wahl und wünscht ihr viel Erfolg.

3. Traktandum

Wahl eines Mitgliedes der Sachkommission Soziales und Sicherheit anstelle der zurückgetretenen U. Dolski (CVP) für den Rest der Amtsdauer 2006/2010

D. Hauser (SP) schlägt im Namen der IFK vor für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 K. Brand (CVP) in die Sachkommission Soziales und Sicherheit zu wählen.

Ratspräsident W. Langhard: Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Der Rat wählt K. Brand mit grossem Mehr.

Ratspräsident W. Langhard gratuliert K. Brand zu Wahl und wünscht ihr viel Erfolg.

4. Traktandum

Wahl der neuen Ombudsperson für die Amtsdauer 2008/2012

Ratspräsident W. Langhard begrüsst Dr. iur. Viviane Sobotich und Rechtsanwalt lic. iur. Ran Comfort.

R. Schürmann (CVP): Nach einem kurzen aber intensiven Auswahlverfahren kann die Spezialkommission einen Kandidaten und eine Kandidatin zur Wahl vorschlagen. An 4 Sitzungen und an einer Tagessitzung hat die Kommission aus 33 Bewerberinnen und Bewerbern in einer ersten Phase 5 Personen ausgewählt und zu einem ersten Interview eingeladen. Aus diesen 5 sind nach eingehender Prüfung einstimmig zwei Personen ausgewählt worden. Das ganze Auswahlverfahren war für den Kandidaten und die Kandidatin anspruchsvoll. Beide werden der Aufgabe gewachsen sein, das ist auch in der Kommission zum Ausdruck gekommen. Die Kommission hat einstimmig beschlossen, dem Rat zu beantragen, eine geheime Wahl durchzuführen. V. Sobotich und R. Comfort werden im Rat maximal 5 Minuten Zeit haben, um sich dem Rat und den Gästen vorzustellen. Im Weiteren ist heute Abend keine Diskussion über die beiden vorgeschlagenen Personen geplant. Die einzelnen Fraktionen hatten die Gelegenheit V. Sobotich und R. Comfort zu einem Hearing einzuladen. Da beide Kandidaten einer Nebentätigkeit nachgehen, als Mitglied des Universitätsrates beziehungsweise der Mittelschulkommission, weist R. Schürmann darauf hin, dass gemäss Artikel 8, Abs. 2 der Verordnung über die städtische Ombudsstelle vom 23. Juni 2008, die Ombudsperson kein anderes öffentliches Amt oder dergleichen ausüben darf. Dieser Punkt muss von der Ratsleitung und eventuell auch vom Gemeinderat vor Amtsantritt der gewählten Person diskutiert werden. Gemäss Artikel 7 wird die Ombudsperson jeweils für eine Amtsdauer von 4 Jahren gewählt. Das heisst, dass sich für die heute gewählte Ombudsperson die erste Amtsdauer verkürzen wird. Am 1. Juli 2012 wird dann eine neue Amtsdauer beginnen. Nach erfolgter Wahl wird R. Schürmann dem Gemeinderat beantragen, die Spezialkommission aufzulösen. Er bedankt sich bei allen Kommissionsmitgliedern für die speditive Arbeit. Zum Abschluss seiner Ratstätigkeit hat es R. Schürmann Spass gemacht, diese Kommission zu präsidieren.

V. Sobotich (Kandidatin) bedankt sich für die Möglichkeit sich vorzustellen. Die Ombudsstelle ist ihre Traumstelle. Sie ist eine Mittlerin zwischen den Bürgern und der Verwaltung. Die Ombudsperson soll dem Bürger, wenn er nicht mehr weiter kommt und sein Anliegen nicht anders weiterverfolgen kann, oder wenn er sich unverstanden fühlt, die Möglichkeit geben einen einfachen Zugang zu einer Person zu finden, die ihm weiter helfen kann. Aber die Ombudsstelle will nicht eine anwaltschaftliche Vertretung sein. Sie soll unabhängig und

unparteiisch Hilfestellung leisten, damit die Bürgerinnen und Bürger und die Verwaltung sich finden. Häufig reicht es bereits, gut zuzuhören. Warum ist das eine Traumstelle? Einerseits bringt V. Sobotich drei ganz wichtige Grundlagen mit. Sie ist Juristin. Das heisst die Rechtsgebiete sind ihr bekannt. Sie kann eine Einschätzung zu einer Sachlage abgeben und sie kann Verfügungen lesen und Briefe der Verwaltung übersetzen und verständlich machen. V. Sobotich kann damit versuchen, die Parteien einander näher zu bringen. Sie kennt verschiedene Verwaltungen und ist mit dem öffentlichen Recht vertraut. Die Stadt Winterthur kennt sie nicht. Das hat auch Vorteile. Durch ihre Kenntnis der Verwaltung in anderen Bereichen ist ihr das Zusammenspiel der Verwaltung mit den Bürgern vertraut. Diese Tätigkeit in einer Grosstadt wie Winterthur ausüben zu können, wäre eine echte Herausforderung. Winterthur hat als zweitgrösste Stadt des Kantons und als sechstgrösste Stadt der Schweiz eine wichtige Stellung und wird oft unterschätzt.

V. Sobotich hat gemerkt, dass allein die Juristerei Konflikte nicht lösen kann. Deshalb hat sie eine Mediationsausbildung absolviert. Schon immer hat sie der Konflikt interessiert – das heisst die Lösung des Problems. Wie kann gemeinsam ein Weg gefunden werden? V. Sobotich hat immer das Dazwischen gesucht, sei es mit einem Bericht, mit Mediationen, Konfliktbegleitung oder Coaching. Als dritte Grundlage bringt V. Sobotich ihre Kenntnisse der Verwaltung und der Politik mit. Sie kennt das Zusammenspiel, das Räderwerk, das notwendig ist. Sie hat die Erfahrung machen dürfen, in einem Parlament tätig zu sein, nämlich als Verfassungspräsidentin des Kantons Zürich. Das hat ihr die Aufgaben und das Zusammenspiel erneut von einer anderen Seite gezeigt. Aus diesen drei Gründen bringt V. Sobotich die notwendigen Qualifikationen mit. Es wäre eine Traumstelle und sie würde diese Stelle mit grosser Freude antreten. Es wird nicht nur einfache aber immer spannende Zeiten geben.

R. Comfort (Kandidat) freut sich, dass er sich den Ratsmitgliedern vorstellen darf. R. Comfort ist 49 Jahre alt, in Tel Aviv geboren und lebt seit 45 Jahren in der Schweiz. Er ist verheiratet und Vater von 3 Söhnen. Er kommt aus einer Musikerfamilie, hat aber Jus studiert, weil er gemerkt hat, dass er Gesetzesnoten besser lesen und verstehen kann, als Musiknoten. R. Comfort leitet seit 14 Jahren die Bezirksratskanzlei Winterthur. Als Aufsichtsbehörde hat diese zum grossen Teil mit öffentlichem Recht zu tun – schwergewichtig im sozialen Bereich, im Vormundschaftsrecht, im Kinderschutz und in der Fürsorge. R. Comfort ist Mitglied der Schulkommission der Kantonsschule im Lee, ist Vorstandsmitglied der Gemeinnützigen Gesellschaft und der Winterhilfe des Bezirks Winterthur. Ein grosser Teil seiner Freizeit verbringt R. Comfort mit seiner Familie. Er spielt leidenschaftlich gerne Fussball, das ist sein Ventil. Normalerweise ist R. Comfort eher ruhig aber auf dem Fussballfeld wird er laut. Manchmal auch gegen den Schiedsrichter. An diesem Fehler arbeitet er bereits seit vielen Jahren – er hat aber noch keine Lösung gefunden.

Motivation: R. Comfort vermittelt sehr gerne. Das Beraten von Privatpersonen aber auch von Behörden und Verwaltungen gehört bereits seit Jahren zu seiner täglichen Arbeit. Er hat grosse Freude an dieser Arbeit, besonders wenn es gelingt eine Einigung zu erzielen.

R. Comfort kann gut zuhören, verschiedene Standpunkte gegeneinander abwägen und den Parteien Rat erteilen. Er fühlt sich in diesem Bereich wohl und würde sich als Brückenbauer bezeichnen. Im Bezirksrat werden viele Entscheide gefällt. Bei diesen Entscheiden gibt es immer Sieger und Verlierer. Jetzt möchte er gerne das Schwergewicht auf die Vermittlung legen und aussergerichtliche Lösungen anbieten. Damit können lange und teure Gerichtsverfahren verhindert werden. In einem aussergerichtlichen Verfahren können auch Möglichkeiten berücksichtigt werden, auf die ein Gericht, das nur die Vergangenheit beurteilt, keine Rücksicht nehmen kann. R. Comfort kann Lösungen für die Zukunft, Kommunikation und Information anbieten. Für diese Stelle bringt er die notwendigen Fähigkeiten mit, nämlich einerseits das Fachwissen und Werkzeuge aus der Mediationsausbildung und andererseits auch die wichtigen Sensoren für das Feld auf dem sich die Ombudsperson bewegt – zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Verwaltung und Politik. R. Comfort ist sich bewusst, dass nicht alle die gleichen Interessen haben. Es handelt sich um ein Spannungsfeld. R. Comfort hat gelernt mit solchen Spannungen umzugehen. Er betont, dass er als Ombudsperson kein Bürgeranwalt ist sondern immer ein Vermittler, ein Bindeglied zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Verwaltung und Politik. Wenn sich die Amtsstellen an die Gesetze gehalten haben,

muss die Ombudsperson den Leuten die Entscheide erklären. Wenn Fehler passiert sind, müssen Lösungen gesucht werden. Es ist sehr wichtig, dass die Beteiligten immer auf gleicher Augenhöhe sind.

R. Comfort ist Winterthurer durch und durch. Er ist Bürger von Winterthur, wohnt und arbeitet in Winterthur. Er lebt gerne in dieser Stadt und kennt Mitglieder des Stadtrates, der Behörden und städtische Mitarbeitende. Man könnte sagen, dass er zu gut vernetzt sei und sozusagen zum Winterthurer Kuchen gehöre. R. Comfort versichert aber, dass er unabhängig ist. Der Bezirksrat hatte immer wieder eine andere Auffassung vertreten, als die Stadt Winterthur und hat auch unpopuläre Entscheide getroffen. Damit hat R. Comfort kein Problem. Er kann zwischen Sachpolitik und den Personen trennen. Es ist ein grosser Vorteil für die Tätigkeit der Ombudsperson, wenn sie in Winterthur lebt und die kleinen und grossen Sorgen der Leute kennt. Als Ombudsmann sieht sich R. Comfort nicht in der Öffentlichkeit. Er wird hinter der Bühne tätig sein und zwar nicht mit langen Rechtsschriften sondern pragmatisch und in persönlichen Gesprächen. Der Ombudsmann verfügt über keine Zwangsmittel und kann nicht selber entscheiden. Mit Akzeptanz und Überzeugungskraft müssen gute Lösungen gefunden werden. R. Comfort würde sich ausserordentlich freuen, wenn der Rat ihm sein Vertrauen aussprechen und ihn zum Ombudsmann wählen würde. Es ist eine Traumstelle und R. Comfort sieht sich als Brückenbauer zwischen der Verwaltung, den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Winterthur und der Politik.

Ratspräsident W. Langhard dankt R. Comfort. Die Spezialkommission stellt den Antrag auf eine geheime Stimmabgabe. Wenn mindestens ein Drittel der anwesenden Ratsmitglieder diesem Antrag zustimmen, muss eine solche durchgeführt werden.

Ratspräsident W. Langhard wird ebenfalls abstimmen. Damit sind 59 Ratsmitglieder anwesend. Der Ratspräsident lässt über den Antrag der Spezialkommission abstimmen.

Der Rat stimmt dem Antrag eine geheime Wahl durchzuführen mit deutlicher Mehrheit zu.

Ratspräsident W. Langhard: Wahl der neuen Ombudsperson: Die Spezialkommission schlägt zwei Personen zur Wahl vor, V. Sobotich und R. Comfort. Gewählt ist wer im ersten oder zweiten Wahlgang das absolute Mehr erreicht. Im dritten Wahlgang würde das relative Mehr genügen. Der Ratspräsident lässt die Stimmzettel austeilen.

Anwesende Ratsmitglieder	59
Ausgeteilte Stimmzettel	59
Abgegebene Stimmzettel	59
Leere und ungültige Stimmzettel	0
Massgebende einfache Stimmenzahl	59
Absolutes Mehr	30

30 Stimmen hat erhalten V. Sobotich.

Der Rat gratuliert V. Sobotich mit einem Applaus.

Ratspräsident W. Langhard gratuliert zur Wahl und begrüsst V. Sobotich herzlich als Winterthurer Ombudsfrau. Sie ist die einzige Angestellte des Gemeinderates. Der Gemeinderat Winterthur wünscht V. Sobotich viel Freude, Befriedigung und Erfolg als Ombudsfrau von Winterthur. Der Ratspräsident dankt auch R. Comfort, dass er sich für die Wahl zur Verfügung gestellt hat und wünscht im für die Zukunft alles Gute und viel Erfolg.

Der Rat verabschiedet R. Comfort mit einem Applaus.

5. Traktandum

Aufhebung der Spezialkommission Ombudsperson

Ratspräsident W. Langhard stellt fest, dass keine Wortmeldungen zu verzeichnen sind. Damit ist die Spezialkommission per sofort aufgehoben. Der Ratspräsident dankt dem Kommissionspräsidenten R. Schürmann und allen Kommissionsmitgliedern. Sie haben mit viel Engagement innert kurzer Zeit zwei fähige Kandidaten zur Wahl vorgeschlagen.

6. und 7. Traktandum

GGR-Nr. 2008/082: Voranschlag 2009 und Festsetzung des Steuerfusses - Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2010 - 2012 (IAFP)
GGR-Nr. 2008/108: Nachtrag zum Voranschlag 2009 "Novemberbrief"

Ratspräsident W. Langhard: Die Budgetberatung wird wie folgt durchgeführt: Der Ratspräsident wird gemäss vorliegendem Drehbuch vorgehen. Der Rat ist mit dem Vorgehen einverstanden.

Eintreten

Y. Beutler (SP) zeigt eine Übersicht des Voranschlags 2009. Die rote Null ist eigentlich schon fast alles was es für die Präsidentin der Aufsichtskommission zum Voranschlag 2009 zu sagen gibt. Der Voranschlag fürs kommende Jahr ist ausgeglichen, abgesehen vom kantonal vorgeschriebenen Minus von 3 Millionen, und das bei einem bereinigten Aufwand von rund 1'075 Millionen und einem Ertrag von 1'072 Millionen. Ein paar Zahlen, die zu diesem Ergebnis beitragen möchte Y Beutler speziell hervorheben: Der Steuerertrag soll – trotz Kenntnis der Finanzkrise beim Budgetieren – markant um 8,2 % ansteigen. Das sind im Vergleich zum Vorjahresbudget 25,5 Millionen mehr oder im Vergleich zur Rechnung 2007 sogar 28 Millionen mehr. Der Steuerfussausgleich ist in der Zwischenzeit vom Kanton verfügt und beträgt 48,8 Millionen. Zusammen mit den 60 Millionen für den Steuerkraftausgleich ergibt dies einen Finanzausgleich von insgesamt 108,8 Millionen. Der Stadtrat plant Investitionen ins allgemeine Verwaltungsvermögen von rund 94,6 Millionen; in den Voranschlag eingebracht hat er davon 54 Millionen, also 6 Millionen mehr als im Vorjahr, was dem vielfach geäusserten Wunsch des Parlaments entspricht. Bei den Beiträgen an Dritte fällt auf, dass der Zenit der Sozialhilfe zwar endlich überschritten scheint, jedoch wegen der Zunahme der AHV-Zusatzleistungen dennoch eine deutliche Kostensteigerung resultiert. Dem Personal soll eine Lohnrunde gemäss Personalstatut gewährt werden, das heisst es sollen 1,7 % Teuerung – das heisst 0,1 % mehr als in der Weisung – 4 Millionen für den Stufenanstieg und 2 Millionen Leistungsanteil ausbezahlt werden. Schliesslich sollen insgesamt 64,8 Stellen neu geschaffen werden, die jedoch teilweise durch Gebühren oder Erträge, welche die Stellen generieren, finanziert werden können.

In ihrem – vermutlich – letzten Eintretensvotum als Aufsichtskommissions-Präsidentin möchte Y. Beutler auf eine Entwicklung hinweisen, die sie mit Sorge erfüllt. Und zwar eine Entwicklung hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen Parlament und Verwaltung. Sparen war noch nie so einfach wie heute – man muss nicht mehr wie in früheren Jahren einen Antrag auf ein sechsstelliges Konto stellen. Es genügt zu beantragen, der Globalkredit sei zu kürzen. Gezieltes Sparen war aber noch nie so schwierig wie heute. Der Gemeinderat kann zwar sagen, wo er möchte, dass die beantragte Summe gespart wird, letztlich liegt es jedoch in der Kompetenz der Produktegruppe zu entscheiden, wie sie mit dem gekürzten Globalkredit haushalten will. Niemand soll sich etwas vormachen. Um die Interessen durchzusetzen und um die Aufsicht wahrnehmen zu können, ist das Parlament auf das Vertrauen und die Ehrlichkeit der Verwaltung angewiesen. Genauso, wie die Verwaltung auf das Vertrauen und die Fairness des Parlaments angewiesen ist.

In verschiedenen Produktgruppen ist es zu Änderungen der parlamentarischen Zielvorgaben gekommen, welche nicht deklariert wurden. Y. Beutler will der Verwaltung keine böse Absicht unterstellen, aber diese Änderungen durch die Hintertür, fast nach dem Motto, mal schauen ob es jemand merkt, sind keine vertrauensbildende Massnahme. Genauso wenig trägt es zu einer erspriesslichen Zusammenarbeit bei, wenn Anträge seitens der Kommission erst nachträglich, also in Abwesenheit der entsprechenden Verantwortlichen der Produktgruppen gestellt werden. Wenn Anträge dann gestellt werden, wenn die davon betroffene Verwaltungseinheit in der Kommission zu Gast ist, wird der Verwaltung die Chance gegeben, sich für ihre Sache einzusetzen und die Kommissionsmitglieder drücken dadurch aus, dass sie ihre Arbeit ernst nehmen und wertschätzen. Sich selber geben sie so die Möglichkeit, im Wissen um die Konsequenzen eines Antrages einen weisen Entscheid zu fällen. Natürlich ist es nicht verboten, Anträge nachträglich oder auch erst anlässlich einer Ratssitzung zu stellen. Aber wenn es verschiedene Möglichkeiten gibt, spricht in der Regel nichts dagegen, sich für die bessere zu entscheiden. Die Aufsichtskommission gratuliert dem Stadtrat zum gelungenen Budgetprozess und hofft mit ihm, dass sein Optimismus belohnt wird. Die Aufsichtskommission beantragt einstimmig Eintreten auf den Voranschlag 2009.

U. Bründler (CVP): Die CVP-Fraktion bedankt sich bei der Stadtverwaltung für das vorliegende Budget und die hervorragend geleistete Arbeit. Der Voranschlag 2009 schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 3 Millionen fast ausgeglichen ab. Mit Befriedigung nimmt die CVP-Fraktion dieses Budget zur Kenntnis. Der Aufwandüberschuss kommt einmal mehr zustande, wegen den immer noch geltenden Spielregeln des Zürcher Gemeindeamtes, das ja bekannterweise den Finanzausgleichsgemeinden vorschreibt, 10 % ihres Eigenkapitals sofort wieder zur Deckung des Aufwandüberschusses einzusetzen. Die zum Glück immer noch steigenden Steuererträge nimmt die Fraktion mit Befriedigung zur Kenntnis. Doch die momentane Wirtschaftslage und die unsicheren Konjunkturprognosen stimmen nachdenklich. Zu befürchten ist nämlich, dass in absehbarer Zeit auch die Stadt Winterthur einen nicht unbedeutenden Steuerrückgang zu spüren bekommt.

Die höheren Ausgaben im Personalbereich sind zum grossen Teil nachvollziehbar, die Lohnanpassungen sind gerechtfertigt. Die budgetierten zusätzlichen 63 Vollzeitstellen, letztes Jahr waren es auch bereits 42, fallen finanziell gesehen, stark ins Gewicht. Diese Aufstockung macht insofern nachdenklich, wenn man bedenkt, dass schon bald wieder neue Sparmassnahmen bevorstehen könnten. Schwer nachvollziehbar aber ist, dass für die Lösungsfindung und Bearbeitung der Schwerpunktproblematik Verkehr keine Stelle eingeplant ist. Die CVP Fraktion erachtet es nämlich als sehr wichtig, dass die Verkehrsprojekte aktiv, sehr engagiert und mit Hochdruck weiterbearbeitet werden. Für die Aufstockung der meisten Stellen hat die Fraktion Verständnis. Vor allem für die Sicherheit in der Stadt muss mehr Personal eingestellt werden. Denn jetzt, wo Winterthur zur Grossstadt geworden ist, rechtfertigt sich grundsätzlich mehr städtisches Personal. Mehr Einwohnerinnen und Einwohner heisst auch mehr Personal, damit eine gute Infrastruktur, Sicherheit und Lebensqualität gewährleistet werden können. Mehr Personal bedeutet auch mehr Sachaufwand, auch das ist für die Fraktion nachvollziehbar. Die Fraktion wartet zusammen mit der Stadtverwaltung immer noch und nach wie vor auf das neue Finanzausgleichsgesetz, denn die Regelung, die heute gilt, motiviert nicht zum Sparen. Doch ein finanzielles Polster könnte Winterthur in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage sehr gut gebrauchen. Aber auch mit dem neuen Finanzausgleichsgesetz werden der Stadt vom Kanton nicht mehr finanzielle Mittel zugesprochen, die Zentrumslasten werden dann aber abgegolten, es entsteht mehr Budgetfreiheit, mehr Autonomie und es werden Anreize geschaffen, wirtschaftlich zu haushalten. Zum heutigen Zeitpunkt ist es auch vernünftig, Investitionen zu tätigen. Die budgetierten 54 Millionen, die für die Infrastruktur vorgesehen sind, sind notwendig. Doch jede Investition löst Folgekosten aus, die postwendend auf die Stadt zukommen, dies wird voraussichtlich genau dann sein, wenn am Sparhahn Gedreht werden muss. Fazit zum Voranschlag 2009; die doch recht massive Stellenaufstockung macht nachdenklich, denn, mehr Personal bedeutet mehr Ausgaben für die Stadt als Arbeitgeberin.

Gesunde Stadtfinanzen sind abhängig von der generellen Wirtschaftslage und diese sieht im Moment weltweit düster aus. Gesunde Finanzen sind aber auch abhängig vom lange erwarteten Umsetzen des neuen Finanzausgleichsgesetzes. Winterthur kann die alleinige finanzpolitische Verantwortung erst übernehmen, wenn die Revision in Kraft tritt, erst dann können wirtschaftliche Programme einen nachhaltigen Gewinn für die Stadt abwerfen.

D. Schraft (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion ist mit dem Budget, das praktisch ausgeglichen ist, ebenfalls zufrieden. Diesen Moment sollten alle geniessen, weil die Finanzkrise das sehr schnell ändern wird. In ein bis zwei Jahren werden die Auswirkungen spürbar. Die Stadt muss dann aufpassen, dass sie nicht aufhört sich in Bezug auf die Ökologie zu verbessern – nur weil das der einfachere Weg wäre. Diese ökologischen Ziele – weniger Verkehr, verbesserte Energieeffizienz etc. – müssen unbedingt im Auge behalten werden. Der relativ hohe Standard, den die Stadt erreicht hat, muss erhalten bleiben. Auch dieses Budget enthält – wie alle vorhergehenden Budgets – Elemente mit denen die Grüne/AL-Fraktion zufrieden ist und solche mit denen sie weniger zufrieden ist. D. Schraft möchte lediglich je ein Beispiel erwähnen. Zufrieden ist die Fraktion, weil dem Personal Teuerungsausgleich und Stufenanstieg gewährt werden kann. Das ist ganz wichtig, weil das Personal in schlechten Zeiten jeweils zurückstecken muss. Deshalb ist es zu begrüßen, dass diese Lohnerhöhungen möglich sind. Nicht zufrieden ist die Grüne/AL-Fraktion mit dem Verkauf des Arch-Areals. Damit wird einmal mehr Tafelsilber verkauft. Das ist wirklich eine schlechte Politik.

R. Werren (FDP): Die FDP wird auf das Budget 2009 eintreten und dankt dem Departement Finanzen und den an der Ausarbeitung des Budgets beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die anspruchsvolle Arbeit – vor allem auch der Stadträtin V. Gick. Das vorliegende Budget ist ausgeglichen, so wie das Gesetz es vorschreibt. Das Finanzdepartement hatte die schwierige Koordinationsaufgabe, darauf einzuwirken, dass die gesamte Stadtverwaltung im dritten Jahr nach der Einführung des WOV-Systems gemäss dieser strategischen Steuerung geführt wird. Die Steuererträge werden erfreulicherweise um 8,2 % das heisst um 25,5 Millionen zunehmen. Die Aussicht, dass die Stadt Winterthur einmal vom Kanton unabhängig sein wird, ist leider noch in weiter Ferne. Da Winterthur bei der Umsetzung von WOV eine Pionierrolle einnimmt, hat sich nun im Vergleich mit anderen Städten und Kantonen, die neu nach WOV arbeiten, gezeigt, dass es bessere und vergleichbarere Systeme gibt. Einige Schwächen sind bereits erkannt. Die Aufsichtskommission hat in Zusammenarbeit mit dem Finanzdepartement eine WOV Arbeitsgruppe gebildet, die dabei ist Schwierigkeiten aufzuzeigen und die Probleme zu lösen. Eine WOV Broschüre wurde vom Stadtrat kürzlich abgesegnet.

Mit dem Budget beantragt der Stadtrat 65 zusätzliche Stellen. Diese Stellenaufstockung kann die FDP nicht akzeptieren. Aufgrund der aktuellen Finanzkrise werden die Einnahmen der Stadt Winterthur deutlich zurückgehen. Es ist unverantwortlich jetzt so viele neue Stellen zu bewilligen, um dann die Leute in einem oder zwei Jahren wieder zu entlassen. Die FDP wird während der Budgetdebatte Detailanträge stellen. Zehn dieser zusätzlichen Stellen sollen nicht bewilligt werden. Zudem wird die FDP einen Antrag stellen, dass die Stadtwerke die geplante Einlage von 1,9 Millionen in die Betriebsreserven nicht tätigt, damit mit diesem Betrag die dramatischen Stromgebührenerhöhungen vom nächsten Jahr abgedeckt werden können. Mit zu hohen Stromgebühren riskiert der Stadtrat Produktionsverlagerungen ins Ausland und damit einen Arbeitsplatzabbau. Nicht befriedigt ist die FDP-Fraktion von der Handhabung des IAFP, hier ist Handlungsbedarf bei der Ausgestaltung vorhanden. Das hat die FDP bei der Aufsichtskommission bereits mehrmals deponiert. Der Aufwandüberschuss von 3,7 Millionen erscheint nicht überdimensional und kann – so wie das der Kanton vorschreibt – durch das Eigenkapital, das durch die Neubewertung der Liegenschaften wieder vorhanden ist, aufgefangen werden. Die im Novemberbrief beantragten Änderungen sind unbedeutend. Der Novemberbrief enthält keinen wesentlichen Mehr- oder Minderaufwand sondern beinhaltet lediglich begründete interne Veränderungen. Die FDP ist für eine verstärkte Investitionstätigkeit. Es wird jedoch unmöglich sein, das ganze Investitionsprogramm, das 94 Millionen beinhaltet, zu verwirklichen. Als realistische Annahme sieht die FDP die

vom Stadtrat budgetierte Investitionstätigkeit von ca. 54 Millionen. In Anbetracht des Wachstums der Stadt Winterthur braucht es Schulhäuser und die Immobilien müssen gut instand gehalten werden. Auch die FDP ist der Meinung, dass den Unterhaltsaufgaben grosse Bedeutung beigemessen werden soll. Wenn Unterhaltsaufgaben nicht zur rechten Zeit sachgerecht erfolgen, muss mit reduzierten Mieteinnahmen gerechnet werden.

Die FDP hofft weiterhin auf die Debatte über die Neugestaltung des Finanzausgleichs, die Ende dieses Jahres hätte stattfinden sollen. Eine feste Abgeltung der Zentrumslasten würde der Stadt die Möglichkeiten einer vorausblickenden Finanzpolitik eröffnen. Drohend ist das bereits vorausgesagte Defizit von 2010 von über 23 Millionen. Die FDP bedauert, dass aufgrund des finanzpolitischen Korsetts eine Steuersenkung nicht möglich ist. Die Finanzkrise hat einen sehr schnellen Wechsel von der Hochkonjunktur zur Krise gebracht und die finanzielle Situation wird sich schneller verschlechtern als angenommen. Die Sparübungen der Haushaltsanierung 2007 haben sich kaum gelohnt und schlagen sich im Budget nicht gross nieder. Die FDP stimmt dem Steuerfuss von 123 % zu. Sie stimmt auch für die Gewährung der vollen Teuerung für das Personal. Die FDP dankt den Mitarbeitenden für die geleistete Arbeit. Auch mit dem statutengemässen Stufenanstieg und der Erhöhung des Leistungsanteils ist die FDP einverstanden. In der Detaildebatte wird die FDP-Fraktion einige Kürzungsanträge stellen. Die Fraktion tritt auf das Budget ein.

R. Isler (SVP): Die SVP nimmt zur Kenntnis, dass der Voranschlag 2009 – analog der vergangenen Jahre – sich strikt nach dem Ausgaben/Einnahmen Prinzip richtet. Will heissen: Dank der guten Konjunktur sind die Einnahmen in die Stadtkasse gestiegen, also wird auch mehr Geld ausgegeben. Im Vergleich zur laufenden Rechnung werden rund 40 Millionen mehr ausgegeben. Der Aufwandüberschuss von gut 3 Millionen liegt, gestützt auf die Gesamtsumme des Aufwandes, in einem guten Bereich. Die SVP attestiert dem Finanzamt und auch den anderen Departementen eine gute Ziellandung. Im wissen darum, dass eine schwarze Null oder gar ein Reingewinn aufgrund der nach wie vor vorhandenen Abhängigkeit gegenüber dem Kanton nicht möglich ist, wird sich die SVP weiterhin dafür einsetzen, damit Winterthur endlich die alleinige Finanzhoheit erlangt. Nur wer selber über seine Finanzen bestimmen und damit auch die Höhe des Steuerfusses festlegen kann, sendet neben einem starken Signal an die Bevölkerung auch eine gehörige Portion Selbstvertrauen und Kraft gegenüber der Wirtschaft und den Unternehmen aus, die sich in Winterthur ansiedeln wollen. Winterthur ist in einer schlechten Situation. Über jedem Projekt, das in Angriff genommen wird, schwebt bereits das Damoklesschwert und man muss sich fragen, was wohl der Kanton bemängeln wird. Es ist von Nöten, dass diesbezüglich das neue Finanzausgleichsgesetz eine merkliche Beruhigung und Planungssicherheit mit sich bringt, ohne aber die Unterscheidung des Machbaren von den Wunschvorstellungen aus den Augen zu verlieren. Dass die Stadt auch im nächsten Jahr vom Kanton fast 110 Millionen an Steuerfuss- und Steuerkraftausgleich erhält, ist nicht selbstverständlich.

Vorsicht ist aber angebracht, wenn die SVP besorgt feststellen muss, wie der Kanton Zürich in den letzten Jahren trotz Hochkonjunktur mit seinen Finanzen umgegangen ist - beziehungsweise noch umgehen will. Wenn der Kanton Zürich für das kommende Jahr eine Erhöhung der Neuverschuldung von 2,7 Milliarden plant und damit das Fremdkapital auf 13,7 Milliarden ansteigen lässt, ist zu befürchten, dass die kommenden Verhandlungen in Bezug auf den Finanzausgleich alles andere als problemlos geführt werden können. Gemäss Laufender Rechnung ist der Steuerertrag nach wie vor gut. Das macht stolz, auch wenn dieser Anstieg gegenüber anderen Kommunen nicht im selben Umfang erfolgt ist. Kritisch sind die budgetierten Steuereinnahmen für das kommende Jahr. Aufgrund der weltweiten Finanzkrise haben andere Kommunen ihre Steuereinnahmen für 2009 stark nach Unten korrigieren müssen. Dass aufgrund der nach wie vor angespannten Finanzsituation und der Abhängigkeit vom Kanton der Steuerfuss auf dem kantonalen Maximum verbleiben muss, ist keine euphorische Einladung an Unternehmungen und gut verdienende Personen, die sich in Winterthur niederlassen wollen, zumal Winterthur einer grossen Konkurrenz ausgesetzt ist. Der unerfreulichste Punkt ist für die SVP der Umstand, dass gemäss Voranschlag wiederum 63 neue Stellen in der Verwaltung geschaffen werden. Auf der anderen Seite ist zu vermerken, dass dort wo nachweislich ein Bedarf besteht – bei der Sauberkeit und der Sicherheit – der

Personalbestand auf tiefem Niveau verharret. Obwohl in Bezug auf die Standortförderung Sauberkeit und Sicherheit zu den wichtigsten Faktoren gehören. Auch wenn der Stadtrat versichert, dass die neuen Stellen ergebnisrelevant sind und innerhalb der Globalkredite refinanziert oder kompensiert werden sollen, stellt die SVP doch fest, dass diverse Stellen durch höhere Gebühren quersubventioniert werden sollen. Die SVP spricht sich klar dafür aus, dass dem städtischen Personal Sorge getragen werden muss. Aber wenn jährlich jeweils in den gleichen Departementen mehr Personal eingestellt wird und die daraus entstehenden Mehrkosten vor allem auf das Gewerbe umgewälzt werden, kann das nicht länger toleriert werden. Ob sich die SVP für den Teuerungsausgleich für das städtische Personal aussprechen wird, wird sich im Verlauf der Budgetdebatte zeigen. Sofern, wie in den letzten Jahren üblich, Anträge gestellt werden sollten, die über die budgetierten Vorgaben hinausgehen, wird die SVP den Teuerungsausgleich nicht unterstützen.

Dass die Nettoinvestitionen im Verwaltungsvermögen gegenüber dem Voranschlag 2008 erhöht werden, ist löblich. Nicht befriedigend ist aber, dass die Passivzinsen erneut um mehr als 30 Millionen gestiegen sind. Dieses Geld könnte die Stadt für besseres investieren. Über alles Betrachtet sehen die WOV-Betriebe nicht schlecht aus. Sie haben sich gut positioniert, auch wenn einige Bereiche nach wie vor undurchsichtig sind und Mehrausgaben zu verzeichnen sind, ohne genaue Erklärungen. Da ist man aber bereits auf gutem Weg, durch die Spezialkommission eine Verbesserung zu erreichen. Auch ist fraglich inwiefern es Sinn macht Produktgruppen wie die Rechtspflege, die Stadtpolizei, die Feuerwehr oder Zivilschutz unter das Dach eines Globalbudgets zu stellen, obwohl diese Zyklen und gesellschaftspolitischen Strömungen unterworfen sind, die weder plan- noch berechenbar sind. Die SVP hat es sich mit dem vorliegenden Voranschlag nicht leicht gemacht. Sollten während der Budgetdebatte Anträge eingereicht und angenommen werden, welche wiederkehrende Mehrausgaben und damit eine Budgetverschlechterung nach sich ziehen, wird die SVP-Fraktion den Voranschlag 2009 geschlossen ablehnen. Die SVP dankt sämtlichen Mitarbeitenden für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr, vor allem auch all denen, die man nie in den Schlagzeilen sieht.

M. Zeugin (EVP/EDU/GLP): Die EVP/EDU/GLP-Fraktion dankt der Verwaltung und dem Stadtrat für die Erstellung des Budgets 2009. Auch im kommenden Jahr wird eine Punktlandung mit dem obligaten Verlust von 10 % des Eigenkapitals angepeilt. Ob diese Punktlandung erreicht werden kann, erscheint mehr als fraglich. Denn die meisten Indikatoren der Konjunktur zeigen klar Richtung Konjunkturabschwächung. Dass diese Konjunkturabschwächung nicht spurlos an Winterthur vorbeizieht und die Stadt in einem denkbar schlechten Zeitpunkt trifft, davon kann ausgegangen werden. Die rege Bautätigkeit und das rasante Bevölkerungswachstum in den vergangenen Jahren werden auch im kommenden Jahr Mehrinvestitionen in die Infrastruktur nach sich ziehen. Ob die bisher spärlich steigenden Steuererträge sich bei einer konjunkturellen Abschwächung halten können, ist noch offen. Bei einer Konjunkturabschwächung muss zudem wieder mit erhöhten Ausgaben im Bereich der Sozial- und Wirtschaftshilfe gerechnet werden. Anstelle des vorliegenden ungebremsen Budgetwachstums, wäre es besser gewesen, wenn der Stadtrat bereits im Budget 2009 die eine oder andere Korrekturmassnahme eingeleitet hätte. Wie der Novemberbrief zeigt, hat der Stadtrat diese Option verworfen. Das ist bedauerlich. Die EVP/EDU/GLP-Fraktion wäre gerne bereit gewesen mit dem Stadtrat die notwendigen Korrekturen für eine sanfte Landung des Budgets 2010 zu diskutieren und entsprechend vorzunehmen. Stattdessen steuert Winterthur 2009 auf einen Rekordumsatz hin und wird vermutlich mit dem Budget 2010 eine Vollbremsung ziehen müssen.

Mehrheitlich positiv steht die EVP/EDU/GLP-Fraktion den geplanten Lohnmassnahmen gegenüber. Das im Wissen, dass wieder härtere Zeiten auf uns zukommen werden, und dass möglicherweise bereits im Budget 2010 keine volle Lohnrunde mehr möglich sein wird. Obwohl die Fraktion der Meinung ist, dass Budgetkorrekturen nach Unten vorgenommen werden müssten, wird sie nicht alle Kürzungsanträge unterstützen. Und zwar aus vier Gründen:

1. Die EVP/EDU/GLP-Fraktion ist nicht bereit einzelne Kürzungen konzeptlos vorzunehmen. Wenn, dann braucht es ein sinnvolles Konzept, das an allen möglichen Punkten ansetzt.
2. Viele Kürzungsanträge sind in der Kommission nicht oder unzureichend besprochen wor-

den. Damit hat man es leider verpasst eine inhaltliche und sachliche Diskussion über die einzelnen Kürzungsanträge zu führen. Das ist sehr zu bedauern, auch weil die EVP/EDU/GLP-Fraktion durchaus bereit gewesen wäre auf einzelne Anträge einzugehen. 3. Sind die Anträge zum Teil widersprüchlich. Es werden Anträge auf Stellenstreichungen gestellt. Die Begründung lautet dann, diese Stellen hätten befristet werden müssen. Da stellt sich die Frage, warum der Antrag nicht direkt auf Befristung gestellt wird. 4. Für die einzelnen Kürzungsanträge war weder vor, während oder nach der Kommissionssitzung das Gespräch mit der Fraktion gesucht worden. Das heisst es hat keine Diskussion stattgefunden und es stellt sich die Frage, ob diese Kürzungsanträge ernst gemeint sind oder ob sie einfach der Profilierung dienen. Die EVP/EDU/GLP-Fraktion hat trotzdem Verständnis, dass vor allem Kürzungsanträge im Bereich Personal gestellt werden. Grundsätzlich ist der Stellenausbau auch für 2009 relativ hoch. Der Stadtrat hat im Anhang zum Voranschlag zwar eine Übersicht über die Veränderungen im Stellenplan geliefert. Auch bei der Begründung zu den Stellenerhöhungen hat er immer wieder angegeben, dass sich diese Stellen zum grossen Teil selber refinanzieren. Gleichzeitig hat sich der Stadtrat aber geweigert eine Übersicht zu erstellen, wie hoch der Anteil der refinanzierten Stellen insgesamt ist. Dieses Verhalten ist unerklärlich. Mit diesen Zahlen hätte der Stadtrat begründen können, wo, welche Stellen warum geschaffen werden. Weiter ist zu bedauern, dass mit dem Budget 2009 kein deutliches politisches Zeichen in Richtung erneuerbare Energie und Energieeffizienz gesetzt worden ist. Die EVP / EDU / GLP-Fraktion fragt sich, warum sogar die kleinen Anträge, wie der Kauf von Stromsparmäusen, einen so starken Widerstand hervorrufen. Trotz dieser Vorbehalte wird die EVP/EDU/GLP-Fraktion auf die Debatte eintreten.

D. Hauser (SP): die SP-Fraktion empfiehlt auf das Budget 2009 einzutreten. Es handelt sich um ein gutes Budget. Gut heisst, dass die städtischen Finanzen nachhaltig im Lot sind. Die Aufgaben der Stadt können in einer hohen Dienstleistungsqualität erbracht, sprich finanziert werden. Auch die Investitionen können getätigt werden ohne eine Namhafte Neuverschuldung. Auch wenn der Selbstfinanzierungsgrad tief erscheint, darf man sich dadurch nicht täuschen lassen. Das ist bedingt durch den Ausbau der Kehrlichtverbrennungsanlage. Der Selbstfinanzierungsgrad des Steuerhaushalts liegt deutlich über 80 %. Der Stadtrat ist geradezu patriotisch, wenn er beantragt, das Investitionsvolumen zu erhöhen, schliesslich hat sogar der Bundesrat dazu aufgerufen im aktuellen wirtschaftlichen Umfeld zu investieren und die Konjunktur zu stützen. Auch die Nationalbank unterstützt diese Politik mit tiefen Zinsen. Das heisst auch die Zinsentwicklung bietet dazu Hand. Positiv ist auch, dass dem Personal eine Vollrunde gewährt werden kann. Die SP hat nur wenige Korrekturen am Budget 2009 anzubringen. Sie hat alle Änderungsanträge bereits in die Kommissionsberatungen eingebracht und dort eine Mehrheit gefunden. Die wichtigsten Anträge, die Namens der Kommission eingebracht werden, beziehen sich auf das Krippenangebot. Die Gangart muss beschleunigt werden und angesichts der gegenwärtigen Finanzlage kann sie auch beschleunigt werden.

Einige grundsätzliche Kritikpunkte an diesem Budget gibt es dennoch. Einmal mehr macht die Stadt unter der Leitung des Finanzdepartements keine Liegenschaftspolitik sondern eine eigentliche Verschleuderungspolitik. Mit dem Ausverkauf des Tafelsilbers wird die Laufende Rechnung mit 13 Millionen alimentiert. Das geht nicht. Wenn das Arch-Areal verkauft wird, müssen die gelösten Mittel wiederum in eine aktive Liegenschaftspolitik investiert werden, das heisst es müssen strategisch wichtige Grundstücke gekauft werden. Wenn nun die Rede davon ist, dass in der Grüze ein neues Stadthaus geprüft werden soll und dort ein neues Stadtzentrum entstehen könnte – in einem relativen Brachland – sollte der Stadtrat diesen städtebaulichen Kristallisationspunkt mit einem entsprechenden Landerwerb unterstützen. Liegenschaftspolitik bedeutet nicht nur verschleudern sondern auch akquirieren. Wenn Stadträtin V. Gick jetzt entgegenhält, dass diese Millionen in der Laufenden Rechnung benötigt werden, so muss dem widersprochen werden. Zum einen hat die Stadt in den letzten Jahren im grossen Stil Schulden abgebaut. Zudem wurde in mindestens zwei Bereichen zu vorsichtig budgetiert. Der Stadtrat geht von einem Zinswachstum aus, während die Zinsen sinken – vor allem auch für kurzfristige Schulden. Zudem dürfte einmal mehr der budgetierte Steuerkraftausgleich zu tief liegen. Es ist falsch von einer parallelen Entwicklung der

kantonalen und städtischen Steuerkraftentwicklung auszugehen. Einerseits verheisst die Vergangenheit etwas anderes und andererseits ist das Bevölkerungswachstum in der Stadt Winterthur weiterhin überdurchschnittlich, was sich in einem doppelten Ausmass positiv auf den Steuerkraftausgleich auswirkt. Einmal mehr wird der Kanton für seine Praxis kritisiert den Steuerfussausgleich an den Abbau des Eigenkapitals zu knüpfen. Diese Kritik ist richtig. Angesichts der fehlenden rechtlichen Grundlagen muss diese Praxis umgestossen werden. Oder die Stadt könnte in den Verhandlungen mit dem Kanton zusätzliche Abschreibungen vorschlagen, um den Rückgang des Eigenkapitals aufzufangen. Einige Kürzungsanträge der FDP stehen im Raum. D. Hauser fragt sich, wo die finanzpolitische Kompetenz des Freisinns geblieben ist. Sozusagen in letzter Minute, ohne dass die Regierung die Folgen abklären konnte, wurde eine ganze Reihe von Anträgen eingereicht – so als hätte die FDP das Budget nicht bereits im September 2008 erhalten. Die Fraktion benötigte zwei Monate bis sie die Anträge vorlegen konnte. Das ist unverständlich. Niemand im Rat – weder der Stadtrat noch die Fraktionen – konnten sich auf diese Anträge vorbereiten. Das ist unseriös. Es ist auch unseriös, wenn die FDP an der Sitzung im November 2008 einem Antrag zustimmt für die Verbesserung der IT Infrastruktur an den Schulen. Die Investitionsfolgekosten sind klar als gebunden zu betrachten. Drei Wochen später stellt die FDP-Fraktion einen Antrag diese Stellen nicht zu besetzen. So geht das nicht. Wenn D. Hauser prüft, welches Departement von diesen Machenschaften verschont bleibt, kann er nur noch den Kopf schütteln. Der Zufall will es, dass einzig Stadträtin V. Gick verschont werden soll. D. Hauser appelliert an die CVP-Fraktion. Diese will vor allem die Stellen im Sicherheitsbereich unterstützen. D. Hauser hofft, dass die CVP auch die anderen Departemente unterstützen wird. Die SP wird die FDP-Anträge ablehnen und auf das Budget 2009 eintreten. D. Hauser dankt dem Stadtrat für seine Arbeit.

St. Fritschi (FDP): Das vorliegende Budget ist ein Schönwetterbudget. Es wurde im Sommer entwickelt – im September 2009 wurde es den Ratsmitgliedern vorgelegt. Im Novemberbrief wurden noch einige Änderungen vorgenommen. Im Juni 2008 war die Welt noch in Ordnung, das Wetter war sonnig. Seither hat sich die Welt verändert. Ein Gewitter ist aufgekommen. Die Wirtschaft befindet sich in einer Rezession. Niemand weiss wie die Finanzierung in Zukunft aussehen wird. Winterthur wird spätestens 2010 stark leiden. Der Stadtrat hat das Budget aber noch erweitert. Es sind noch mehr Ausgaben und neue Stellen budgetiert worden. Im Novemberbrief sind noch zwei Stellen dazugekommen. Jetzt werden 65 neue Stellen geschaffen – nicht 63. Dafür hat die FDP kein Verständnis. Der Stadtrat muss weiter vorausschauen, als nur bis zum Jahr 2009. Auch die Aussichten für 2010 müssen mit einbezogen werden. Viele der zusätzlichen Stellen werden dann das Budget belasten. Die FDP ist die einzige unabhängige Fraktion, weil für die FDP keine städtischen Mitarbeitenden im Rat sitzen. Alle anderen Fraktionen sind nicht ganz frei. Sie werden ihre eigene Klientel berücksichtigen. Leider hat die FDP-Fraktion die Anträge zu spät eingereicht. Das muss St. Fritschi zugeben und entschuldigt sich dafür. Die Gründe sind vielfältig – die Geburt von Kindern, ein Aufenthalt in den USA, der Gewinn eines Wissenschaftspreises. Diese Begründung reicht vielleicht nicht aus. Auf der anderen Seite hat es St. Fritschi noch nie erlebt, dass die SP über seine Anträge erfreut war. Die SP würde auch nach einer längeren Bedenkzeit die Anträge nicht gut heissen. Es ist deshalb gewagt zu sagen, dass die FDP finanzpolitisch nicht kompetent sei. Die FDP hat nicht konzeptlos gearbeitet. Sie hat sich auf die Punkte konzentriert, die Winterthur 2010 belasten werden. Die Stadt ist im Finanzausgleich und wird nicht belohnt, wenn sie eine schlanke Verwaltung anstrebt und beim Budget spart. Aber 2010 werden die neuen Stellen eins zu eins weiterbelastet.

Wenn heute keine Korrektur erfolgt, wird der Gemeinderat mit neuen Sanierungsmassnahmen konfrontiert werden. Das wird die Stadt viel mehr belasten. Es ist zudem viel unsozialer, wenn Leute auf die Strasse gestellt werden, als die vorgeschlagenen Kürzungen. Die CVP ist erfreulicherweise bereits nachdenklich geworden und hat richtig erkannt, dass die zusätzlichen Stellen die Stadt belasten. St. Fritschi würde sich freuen, wenn die CVP-Fraktion die richtigen Schlüsse ziehen und einige Stellen ablehnen würde. In der Kommission wurde die Befristung der von M. Zeugin erwähnten Stelle beantragt. Mit WOV kann der Gemeinderat keine Befristung beantragen sondern nur eine Kürzung des Globalkredits. Die FDP hofft

deshalb, dass die Ratsmitglieder erkannt haben wie stürmisch die Zeiten sind. Die Stadt muss alles daran setzen, dass für 2009 kein aufgeblasenes Budget verabschiedet wird. Winterthur muss sich vorbereiten auf das Jahr 2010, das drastische Massnahmen erfordern wird. Das Budget 2009 beinhaltet zwei grosse einmalige Effekte. Der eine ist eine Abgrenzung bei den Steuernachforderungen von 14 Monaten anstatt 12 Monate. Damit werden Mehreinnahmen generiert. Zudem konnte das Arch-Areal verkauft werden. Geld aus Arealverkäufen wird der Stadt 2010 nicht mehr zur Verfügung stehen. St. Fritschi hofft, dass die Ratsmitglieder das einsehen, auch wenn die Anträge spät eingereicht worden sind.

A. Ramsauer (Grüne/AL): Was doch Kindersegen und USA-Aufenthalt für Verwirrung stiften können. A. Ramsauer bedauert – aber es gibt eine zweite unabhängige Fraktion. Nämlich die Grüne/AL-Fraktion, in der ebenfalls keine städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden sind. Wer weiss, was nicht ist, kann noch werden. St. Fritschi hat von einem Schönwetterbudget gesprochen, das erstellt worden sei, als die Welt noch in Ordnung war und jetzt kämen Gewitter auf. Das mag sein, sie werden jedenfalls herbeigeredet und herbeigeschrieben. Was macht jetzt die FDP, welche Rezepte bietet sie an gegen diese Gewitter? Sie lässt willkürlich in einzelnen Produktgruppen ebenfalls Gewitter aufkommen, desavouiert die Arbeit der Kommissionen und des Stadtrates und lässt Blitze fahren, mehr oder weniger dort, wo sie Einsparungsmöglichkeiten sieht. Die Grüne/AL-Fraktion lehnt diese Anträge ab.

Stadträtin V. Gick dankt für die mehrheitlich positive Aufnahme des Voranschlags und dafür, dass alle auf das Budget eintreten wollen. Es ist angeführt worden der Stadtrat habe die Steuereinnahmen 2009 optimistisch beurteilt. Es ist richtig, dass sich die Konjunktur 2006 und 2007 sich positiv auf die Steuereinnahmen ausgewirkt hat. Der Stadtrat hat sich dazu verleiten lassen mit 336 Millionen einen relativ hohen Steuerertrag zu budgetieren. Dieser ist aber realistisch. Es ist gesagt worden, dass in diesen 336 Millionen ein Einmaleffekt von 6 Millionen enthalten ist, weil für die Steuern früherer Jahre 14 Monate enthalten sind – nicht nur 12 Monate. Das wird im nächsten Jahr nicht mehr der Fall sein. Ebenso wurde erwähnt, dass die Einnahmen einen weiteren Einmaleffekt enthalten – nämlich die 10 Millionen für den Verkauf des Arch-Areals. Der Gemeinderat und das Volk haben dem Verkauf zugestimmt. Jetzt wird der Verkauf realisiert. Dieses Geld kann die Stadträtin leider nicht für etwas anderes verwenden. Es handelt sich um einen Gewinn, der in der laufenden Rechnung entsteht und dem Kanton nicht vorenthalten werden kann. Das hat keinen direkten Zusammenhang mit der stadträtlichen Landpolitik. Wenn sich eine Chance bietet gute und wichtige Areale, Grundstücke oder Häuser zu erwerben, wird der Stadtrat nicht zögern. Das ist ein Austausch der in der Bilanz stattfindet. Daraus resultiert noch kein Ertrag. Der Stadtrat ist darauf erpicht Grundstücke zu erwerben, wenn das sinnvoll ist.

Im kommenden Jahr muss der Stadtrat noch immer mit dem bestehenden Finanzausgleichsgesetz arbeiten. Stadträtin V. Gick ist überzeugt, dass das auch 2010 noch der Fall sein wird. REFA wird jetzt in die Regierung kommen. Danach muss der Kantonsrat noch darüber beschliessen. Deshalb ist eine Inkraftsetzung 2010 kaum mehr möglich. Es handelt sich um ein Gesetz, das nicht so einfach Mehrheiten finden wird. Stadträtin V. Gick zeigt anhand einer Statistik die Entwicklung des Steuerkraftausgleichs auf. Die Kurve zeigt, dass dieser Ausgleich sehr volatil ist. 2008 wird die Stadt 74 Millionen einnehmen. Der Stadtrat hat die Aussichten für das Jahr 2009 sehr genau geprüft. Dabei hat er festgestellt, dass sich in den vergangenen zwei Jahren der Durchschnitt der Steuerkraft im Kanton im Vergleich zur Stadt Winterthur erhöht hat. Deshalb hat die Stadt mehr eingenommen als budgetiert war. Jetzt sieht es so aus, dass in den reichen Gemeinden der Rückgang schneller stattfinden wird. Deshalb geht der Stadtrat davon aus, dass höchstens mit 60 Millionen gerechnet werden kann. Diese Position ist aber immer mit Unsicherheiten verknüpft.

Aufwand: Im Voranschlag 2009 steigt der Personalaufwand. Der Stadtrat ist glücklich, dass er dem Personal eine volle Lohnrunde nach Personalstatut gewähren kann - Teuerungsausgleich, Stufenanstieg und 2 Millionen Leistungsquote. Die Teuerung war mit 1,6 % budgetiert, beträgt jetzt aber 1,7 %. Diese Differenz wird mittels einer Pauschalkorrektur ausgeglichen. Insgesamt können 12 Millionen für Personalmassnahmen eingesetzt werden. Das ist

gut so, denn das Personal muss sehr viel leisten. Winterthur hat eine schlanke Verwaltung, deshalb sollen die statutarischen Leistungen, wenn immer möglich dem Personal ausgezahlt werden. Die Entwicklung der Beiträge an Dritte bereitet dem Stadtrat Sorgen. Im letzten Jahr haben die Kosten in der Sozial- und Erwachsenenhilfe stagniert. Aber die Ergänzungsleistungen steigen. Die Aussichten für die nächsten zwei bis drei Jahre sind nicht rosig. Wenn die Wirtschaftskrise Winterthur erreicht, muss mit höheren Kosten gerechnet werden. Im Sachaufwand wurde ein Mehraufwand budgetiert, Die Investitionsabschreibungsbasis hat sich auf 54 Millionen erhöht. Der Stadtrat unternimmt viel in Bezug auf die Investitionen und den Sachaufwand im Liegenschaftenunterhalt. Das konnte mit dem Kanton abgesprochen werden. Was den Liegenschaftenunterhalt anbelangt war eine Korrektur notwendig. Der Wert erhaltende Unterhalt soll nicht über die Investitionen laufen sondern über die Laufende Rechnung. Ansonsten müsste in 20 Jahren abgeschrieben werden. Das wäre nicht richtig. Der Stadtrat will reell für die Liegenschaften sorgen.

Kommissionsberatungen: Stadträtin V. Gick will an das Votum der Kommissionspräsidentin der Aufsichtskommission anknüpfen, die von Vertrauen gesprochen hat. Der Stadtrat hat festgestellt, dass einige Indikatoren verändert worden sind, und zwar ohne das Vorgehen in den Kommissionen zu besprechen. Das ist zum Leidwesen von Stadträtin V. Gick auch im Finanzamt der Fall – in der guten Absicht eine bessere Lösung zu finden. In der Hitze des Gefechtes wurden diese Änderungen nicht kommuniziert. Das ist falsch. Dieser Punkt wird mit der Arbeitsgruppe WOV betreten. Kleine Änderungen könnten mit einem Hinweis ins Budget aufgenommen werden. Die Änderung eines Indikators muss aber in den Kommissionen besprochen werden. In dieser Hinsicht gelobt der Stadtrat Besserung. Die Fraktionen haben diverse Kürzungs- und Erhöhungsanträge angekündigt. Stadträtin V. Gick ruft die Ratsmitglieder auf, das Budget des Stadtrates zu genehmigen. Er hat in einem detaillierten Budgetprozess geprüft, welche Aufgaben wichtig sind und wie das Geld verteilt werden muss, damit den Legislatorschwerpunkten nachgelebt werden kann. Der Stadtrat hat ein sehr ausgewogenes Budget vorgelegt. Zudem ist es schwierig Kürzungsanträge zu behandeln, die in der Kommission nicht diskutiert werden konnten, weil der Globalkredit mit einer Leistung oder mit Erträgen verknüpft ist.

Aussichten: Es ist schwierig die Wirtschaftslage zu beurteilen und die konjunkturelle Entwicklung im Jahr 2009 vorauszusehen. Diese Entwicklung wird für das Budget 2010 sehr wesentlich sein. Alle haben eine grosse Finanzkrise erlebt. Viele Staaten mussten massive Stützungsmaßnahmen für wichtige Finanzinstitute ergreifen. Auch die Realwirtschaft ist stark tangiert. Viele Länder befinden sich bereits in einer Rezession. Der Schweiz geht es noch verhältnismässig gut. Im Moment wird von einer Stagnation gesprochen. Aber die Abhängigkeit der Schweizer Wirtschaft vom Ausland ist sehr gross. Der Stadtrat beobachtet diese Entwicklung genau und führt mit den Unternehmungen in Winterthur Gespräche. Die Feedbacks sind unterschiedlich. Vielen Unternehmen geht es noch sehr gut. Im Moment muss noch nicht mit einem Absinken der Steuereinnahmen gerechnet werden. Aber der Stadtrat will gerade in dieser schwierigen Zeit weiterhin investieren. Stadträtin V. Gick dankt für die Voten und dafür, dass der Rat auf das Budget eintreten will.

St. Fritschi (FDP): Stadträtin V. Gick hat das Parlament gebeten keine Kürzungen vorzunehmen. Sie hat aber kein Wort über die Anträge verloren mit denen das Budget erhöht werden soll. Dazu möchte St. Fritschi ebenfalls die Meinung der Stadträtin hören.

Stadträtin V. Gick ist der Meinung, dass sie bereits klar gesagt hat, dass das Budget nicht erhöht werden soll. Der Stadtrat will auch keine Erhöhungen. Der Stadt hat versucht den Legislatorschwerpunkten nachzuleben – zum Beispiel im Bereich Famex hat er ein Wachstum zugelassen. Stadträtin V. Gick bittet darum auch in dieser Hinsicht dem Budget des Stadtrates zuzustimmen.

Ratspräsident W. Langhard: Es ist kein Antrag auf nicht eintreten gestellt worden. Anträge sind in der Detailberatung in der jeweiligen Produktgruppe oder Institution zu stellen.

Detailberatung

Departement Kulturelles und Dienste

12100 Personalamt

R. Werren (FDP): Die FDP-Fraktion stellt einen Antrag auf Kürzung des Globalkredits um 300'000 Franken. Der Stadtrat hat im Rahmen der Neuorganisation des Personalamtes zu viele Stellen eingeplant. Eine Reorganisation sollte ohne diese Stellenerhöhung möglich sein. Die FDP-Fraktion bittet die Ratsmitglieder, diesen Antrag zu unterstützen. Entgegen anderslautender Aussagen hat die FDP den Antrag angekündigt. Leider ist die FDP fast die einzige Partei, die Kürzungen vornehmen will. Das Parlament hat die Aufgabe das Budget zu beraten und darüber zu befinden. Dazu gehören auch Kürzungsanträge – ob das einzelnen Parteien und dem Stadtrat passt oder nicht. Die FDP wird auch in Zukunft solche Anträge stellen. Es ist die Aufgabe des Parlamentes mit den Steuergeldern verantwortungsbewusst umzugehen. Wenn die Reorganisation abgeschlossen ist, kann erneut geprüft werden, ob zusätzliche Stellen notwendig sind. In der Stadtverwaltung gibt es zudem Stellen, die neu Überdacht werden müssen. Ein Beispiel ist die Gleichberechtigungsstelle. Da könnte man sicher sparen.

U. Bründler (CVP): Die CVP-Fraktion wird diesen Antrag nicht unterstützen. Kein Umbau ist zum Nulltarif zu haben. Auch nicht eine umfassende Neuorganisation und Umstrukturierung des Personalamtes. Auch wenn dem Personalamt eine hohe Dienstleistungsorientierung, Fachkompetenz in Rechtsfragen und zuverlässige Leistungen im Aufgabengebiet Personaladministration zugesprochen wird, muss jede Organisation einmal grundlegend überdacht werden. Diese Gelegenheit ergibt sich jetzt, weil der Leiter des Personalamtes in absehbarer Zeit pensioniert wird. Der Stadtrat hat deshalb beschlossen, das Projekt Personalamt 2010 plus durch eine externe Beratungsfirma ausarbeiten zu lassen. Umstrukturierung, Neugestaltung und der Aufbau von neuen Funktionen benötigen personelle Ressourcen. Für ein zukunftsgerichtetes Personalamt ist diese stufenweise geplante Neuorientierung begrüssenswert. Deshalb unterstützt die CVP die geplante Stellenaufstockung. Auch deshalb weil die Stadt eine zeitgemässe und zukunftsgerichtete Arbeitgeberin bleiben soll. Die CVP bittet die Ratsmitglieder, den Antrag abzulehnen.

R. Isler (SVP): Die Aufsichtskommission (AK) hat dieser Reorganisation primär zugestimmt. Als erstes haben auch die SVP Mitglieder verlangt, dass diese Umstellung kostenneutral erfolgen muss. Dem ist aber nicht so, das muss dem Personalamt zugestanden werden, wenn man in der Kommission dieser Reorganisation zugestimmt hat. Das Organigramm zeigt, dass die Effizienz gesteigert werden könnte. Es ist nicht möglich, Neuerungen einzuführen, ohne dass die entsprechenden Mittel gesprochen werden. Bei allem Verständnis für den Antrag der FDP, wird die SVP-Fraktion dem Antrag der AK folgen.

M. Zeugin (EVP/EDU/GLP): Die EVP/EDU/GLP-Fraktion wird dem Antrag zustimmen. Nicht weil sie grundsätzlich gegen die Reorganisation ist sondern gegen die Art, wie diese durchgeführt wird. In der AK sind die Kommissionsmitglieder über diese Reorganisation informiert worden. Ein Konzept wurde vorgestellt. Im Rahmen des Budgetprozesses ist die entsprechende Stellenaufstockung vollzogen worden. Die Reorganisation wurde in der AK mit vielen Schlagwörtern verkauft – erwähnt wurden Qualitätserhöhung, Kosteneinsparung, Synergien etc. Der qualitative Aspekt dieser Reorganisation hat die Fraktion erkannt und stellt sich nicht grundsätzlich dagegen. Aber auf kritische Fragen – zum Beispiel wo und wie viel eingespart werden kann – hat der Stadtrat keine konkreten Antworten gegeben. Sprich, es fehlen die Zahlen um die Argumentation kontrollieren zu können. Der Stadtrat hat erklärt, dass die Nutzung von Synergien ein wichtiger Punkt sei. Einzelne Stellen, die dezentral untergebracht sind, sollen zentral ins Personalamt geholt werden. Wo Stellen genau eingespart werden, konnte nicht quantifiziert werden. Das heisst es kann nicht überprüft werden, ob die

dezentralen Stellen eingespart werden. Die Fraktion ist nicht einverstanden damit, wie in der Kommission mit Fragen umgegangen wird, wie ausgewichen wird. Sie will genaue Zahlen damit der Erfolg gemessen werden kann. Damit nicht einfach im Rahmen des Budgets diese Stellen aufgestockt werden, sollte dem Gemeinderat eine entsprechende Weisung vorgelegt werden. Dann ist auch die EVP/EDU/GLP-Fraktion bereit, den Antrag zu unterstützen.

B. Stettler (SP): Die SP-Fraktion lehnt den Kürzungsantrag ab. Der Mehrbedarf an Stellen im Personalamt ist ausgewiesen. Das Projekt ist in der AK sehr ausführlich und nachvollziehbar vorgestellt worden. Die SP wird den Antrag der FDP ablehnen. Wer heute noch behauptet, dass das Büro für Gleichstellung nicht nötig sei, lebt offensichtlich in einem Glashaus. Es ist gut und richtig, dass es nach wie vor ein Büro für Gleichstellung gibt, das sehr wertvolle Arbeit leistet.

M. Ott (SP): St. Fritschi und R. Werren von der FDP werden weiterhin Anträge stellen – das ist klar. Selbstverständlich dürfen sie das, darum geht es auch nicht. Ärgerlich war einfach, dass diese Anträge so spät gestellt wurden – das heisst nach den Kommissionsberatungen. Es geht auch um die Wertschätzung der Kommissionsarbeit. Warum soll in mehreren Sitzungen ein Budget beraten werden, das dann mit null Gegenstimmen oder vielleicht mit einer Gegenstimme gutgeheissen wird, wenn danach Anträge gestellt werden, die nicht mehr in der Kommission diskutiert werden können? Damit werden Diskussionen, die in den Kommissionen stattfinden sollten, in den Rat verlegt. Die Idee von WOV ist, dass sich das Parlament überlegt, wie viel Geld zur Verfügung gestellt werden soll und welche Leistung dafür erwartet wird. Im Rat lässt sich nicht mehr über die Auswirkungen diskutieren, wenn ein Kürzungsantrag gestellt wird. Die SP wehrt sich gegen dieses Vorgehen.

R. Isler (SVP): Wenn die Fahne der Kommissionsarbeit zu Recht hoch gehalten wird, muss Gleiches mit Gleichem verglichen werden. An der letzten Ratssitzung wurden über 4 Millionen für den Brühlgutpark bewilligt. Dieser Beschluss wurde per Telefon gefasst. Das Geschäft hätte ebenfalls in einer Kommissionssitzung beraten werden sollen. Man darf der FDP jetzt keine Vorhaltungen machen. Sie nimmt ihre demokratischen Rechte in Anspruch.

R. Werren (FDP) erklärt, dass die AK den Antrag auf Kürzung des Globalkredits um 300'000 Franken mit 6 zu 4 Stimmen abgelehnt hat. Die FDP stellt damit keinen Antrag, der in der AK nicht gestellt und diskutiert worden ist. R. Werren hat nicht gesagt, dass die Gleichberechtigung nicht ernst genommen werden soll. In der Stadtverwaltung arbeiten viele Leute für die Gleichberechtigung selbstverständlich ist – zum Beispiel der Stadtpräsident und die Stadträtinnen und Stadträte. Es braucht keine Stellen mehr, um diesen Dingen nachzugehen.

Stadtrat M. Gfeller: Es ist nie so wichtig wie in der Budgetberatung, dass die Zahlen stimmen. Der Brühlgutpark kostet 1,8 Millionen.

Y. Beutler (SP): Es gehört zur Demokratie, dass Parlamentarierinnen und Parlamentarier ihre Meinung sagen können. Man kann aber Demokratie so oder anders leben. In der AK wurde die Produktgruppe Personalamt am 20. Oktober besprochen. An dieser Sitzung wurde kein Antrag gestellt. Darum geht es. Wenn die betreffende Verwaltungseinheit anwesend ist – das war an der erwähnten Sitzung der Fall – die Auskunft geben kann, müssten entsprechende Anträge diskutiert werden.

Stadtpräsident E. Wohlwend: Es ist tatsächlich so, wenn die Diskussion an der Sitzung vom 20. Oktober erfolgt wäre und der Antrag gestellt worden wäre, würde dieser Antrag nicht so schief in der Landschaft stehen. Eine genaue Prüfung zeigt, dass vom Budget 2008 zum Budget 2009 eine Zunahme von 4'000 Franken zu verzeichnen ist – nicht 300'000 Franken. Im Voranschlag 2009 sind 120'000 Franken aufgeführt, die offensichtlich anderswo eingespart wurden und für die 3 Stellen vorgesehen sind. Das heisst, wenn das Budget um 300'000 Franken gekürzt wird, müssten 2 Leute entlassen werden. Das kann nicht sein.

Wenn das seriöse Politik sein soll, dann würde sich Stadtpräsident E. Wohlwend gelegentlich verabschieden. Das wäre zwar einigen ganz Recht – diese Drohung wird der Stadtpräsident aber kaum wahr machen. Der Antrag der FDP ist unseriös und der Stadtpräsident versteht die Welt nicht mehr. Stadtpräsident E. Wohlwend bittet die Ratsmitglieder dringend, den Antrag abzulehnen, sonst müssen zwei Leute entlassen werden. Wo sollen diese Entlassungen vorgenommen werden? Der Stadtpräsident kann nicht glauben, dass ernsthaft Leute entlassen werden sollen.

Der Ausbau des Personalamtes ist dringend notwendig. Alle im Rat haben realisiert, dass das Personalamt im Vergleich zu privatwirtschaftlichen und staatlichen Organisationen äusserst dürftig ausgestattet ist. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind enorm Einsatzbereit. Angesichts der Tatsache, dass eine Anzahl von Mitarbeitenden pensioniert wird, hat der Stadtrat entschieden, das Personalamt auf seine Funktionsfähigkeit zu überprüfen. Mit dieser Aufgabe wurde eine renommierte Firma betraut. Die Überprüfung hat ergeben, dass im Personalamt zu wenige Ressourcen vorhanden sind – vor allem im strategischen Bereich. Im Bereich Personalprozesse und Projekte fehlt es ebenfalls an Personal. Eine Personalumfrage hat ergeben, dass bezüglich Gesundheitsförderungen zu wenig unternommen wird. Dieses Manko muss behoben werden. Auch im Bereich Personalmarketing, Rekrutierung fehlt es an genügend Personal. M. Zeugin hat erklärt, dass er in diesem Zusammenhang zu wenig Antworten erhalten hat. In der Kommission wurde erklärt, dass ein Assessment zwischen 40'000 und 50'000 Franken kostet. Die Anzahl der Assessments ist nicht konstant, deshalb ist es nicht möglich genaue Zahlen zu liefern. Assessments werden vor allem durchgeführt, wenn die Stellen von einer gewissen Wichtigkeit sind. Als drittes fehlt es im Bereich der beruflichen Ausbildung an Kapazität. Man kann nicht nur verlangen, dass die Stadt mehr Auszubildende einstellen soll. Die jungen Menschen müssen auch betreut werden. Die geplanten 2,8 Stellen sollen diese drei Bereiche verstärken. Stadtpräsident E. Wohlwend bittet die Ratsmitglieder, die Kürzung abzulehnen. Es reicht nicht, wenn Ende Jahr dem Personal gedankt wird. Das Parlament muss mithelfen, dass das Personal anständig unterstützt werden kann.

H. Iseli (EDU): Es ist schön, wenn der Stadtpräsident sich so emotional für das Personal einsetzt. Die GLP hat zweimal nachgefragt. Das erste Mal hat sie in der Kommission Fragen nach Zahlen und Fakten gestellt und keine Antwort erhalten. Auch heute sind keine konkreten Zahlen geliefert worden.

Stadtpräsident E. Wohlwend: Es gibt keine Pendenzen, alle verlangten Unterlagen wurden geliefert.

Ratspräsident W. Langhard lässt über den Antrag der FDP abstimmen den Globalkredit um 300'000 Franken zu kürzen.

Der Rat lehnt die Kürzung klar ab.

142000 Stadtentwicklung

M. Zeugin (GLP): Die GLP möchte die Parlamentarischen Zielvorgaben wie folgt ändern: Die eingesetzten Stunden sollen zugunsten des Wirtschafts- und Bildungsstandortes auf Kosten des Wohnstandortes um 100 Stunden erhöht werden. Die Anstrengungen für den Wirtschaftsstandort sollen intensiviert werden. Die zusätzlichen 100 Stunden sollen für ein Projekt zur Entwicklung eines Kompetenzzentrums für erneuerbare Energien und Energieeffizienz in Winterthur eingesetzt werden. In diesem Kompetenzzentrum sollen Bildung und Wirtschaft vernetzt werden. Dieser Bereich wird mit Sicherheit in den nächsten Jahren zweistellige Wachstumsraten verzeichnen. Die Stadt soll sich bereits jetzt überlegen, wie sie davon profitieren kann. Es braucht einen fokussierten Ausbau dieses Wirtschaftsbereiches.

J. Würigler (SP): Die SP-Fraktion ist gegen die Änderung dieser Parlamentarischen Zielvorgaben. Im Bereich Wohnstadt werden die vom Stadtrat vorgesehenen 800 Stunden benötigt. Vor allem die Begründung des Stadtentwicklers hat die SP-Fraktion überzeugt. Nachdem jahrelang für das mittlere und gehobene Bevölkerungssegment der Wohnungsbau gefördert wurde, sollen endlich auch Alterswohnungen gefördert werden. Die SP wünscht zudem, dass der Stadtrat ein Konzept zur Förderung von günstigem Wohnraum erstellt. Die 100 Stunden werden im sozialen Bereich dringend gebraucht. Das Anliegen von M. Zeugin darf nicht zulasten des sozialen Wohnungsbaus gehen. Viele Leute sind auf günstigen Wohnraum angewiesen.

P. Rütimann (FDP): Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag der Grünliberalen. Es geht nicht einmal um die Wirtschaft – sie kann sich selber helfen. Das Bestechende an diesem Antrag ist die Idee der Entwicklung eines Energiekonzeptes. Wenn Geld eingesetzt wird, dann soll sich das lohnen. Wohnbau wird geplant. Die Stadt muss nicht viel unternehmen. Sie kann sich da und dort engagieren und es sind gute Fachleute vorhanden. Es braucht nicht unbedingt Stadtentwicklung. Wenn es hingegen darum geht moderne ökologische Tendenzen weiterzuentwickeln, braucht es Unterstützung, weil niemand diese Aufgabe übernimmt solange nicht sicher ist, dass sich die Neuerungen rentieren. Es macht deshalb Sinn, wenn die Stadt aufzeigt wie Ökologie wirtschaftlich eingesetzt werden kann. Hier sollte ein Schwerpunkt gesetzt werden.

Stadtpräsident E. Wohlwend: Der Stadtrat wird sich für ökologische Neuerungen einsetzen. Er hat bereits eine Offensive in Bezug auf die Marktstellung im Bereich erneuerbarer Energien lanciert. Ob diese Zahlenverschiebung angenommen wird oder nicht, der Stadtrat wird sich für den Wirtschafts- und Bildungsstandort einsetzen. Winterthur hat auf diesem Marktgebiet gute Voraussetzungen. Es handelt sich um eine Nische, die noch nicht allzu stark besetzt ist.

Ratspräsident W. Langhard lässt über den Antrag der GLP abstimmen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 31 zu 26 ab.

152000 Theater Winterthur keine Anträge

155000 Bibliotheken

12866 Einrichtung Kreisbibliothek Seen: Die Sachkommission Bau und Betriebe stellt folgenden Antrag: Der Projektierungskredit ist mit dem Budget zu bewilligen und daher mit einem B Zeichen zu ergänzen. Der Antrag wurde in der Kommission mit 8 zu 0 Stimmen angenommen. Es werden keine weiteren Anträge gestellt. Der Stadtrat ist mit der Änderung einverstanden. Damit ist der Antrag angenommen.

157000 Subventionsverträge und Beiträge an Dritte

Zielvorgaben/Messgrößen: 1. Wirtschaftlichkeit der Leistung: Die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur beantragt, dass der bestehende Indikator sowohl mit als auch ohne kalkulatorische Kosten ausgewiesen wird. Der Antrag wurde in der Kommission einstimmig angenommen.

Es werden keine weiteren Anträge gestellt. Der Stadtrat ist mit der Änderung einverstanden. Damit ist der Antrag angenommen.

158000 Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten

Zielvorgaben/Messgrössen: 1. Wirtschaftlichkeit der Leistung: Die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur beantragt, dass der bestehende Indikator sowohl mit als auch ohne kalkulatorische Kosten ausgewiesen wird. Der Antrag wurde in der Kommission einstimmig angenommen. Es werden keine weiteren Anträge gestellt. Der Stadtrat ist mit der Änderung einverstanden. Damit ist der Antrag angenommen.

170000 Rechtspflege keine Anträge

Departement Finanzen

211000 Finanzkontrolle keine Anträge

221000 Finanzamt

Zielvorgaben/Messgrössen: 2. Liquiditätsplanung: Die Aufsichtskommission beantragt die folgende alte Messgrösse wieder einzuführen: Höhe der durchschnittlichen Liquidität von 60 Millionen Franken. Der Antrag wurde in der Kommission einstimmig angenommen. Es werden keine weiteren Anträge gestellt. Der Stadtrat ist mit der Änderung einverstanden. Damit ist der Antrag angenommen.

222000 Informatikdienste keine Anträge

233000 Steuerbezug keine Anträge

240000 Immobilien

Verpflichtungskredite: Konto 12837, Grosse Zeughauswiese: Provisorischer Zirkusplatz: Die Sachkommission Bau und Betriebe stellt den Antrag das B (mit dem Budget bewilligter Kredit) ist durch ein § Zeichen zu ersetzen. Der Antrag wurde in der Kommission einstimmig angenommen. Es werden keine weiteren Anträge gestellt. Der Stadtrat ist mit der Änderung einverstanden. Damit ist der Antrag angenommen.

263000 Städtische Allgemeinkosten/Erlöse

Zielvorgaben/Messgrössen: 1. Wirtschaftlichkeit der Leistung: Die Aufsichtskommission hält fest: Dieser Wert ist ein Tippfehler und wird auf das weisse Buch hin korrigiert. In der Weisung ist der richtige Wert von 54 Millionen beantragt. Es werden keine weiteren Anträge gestellt. Damit ist der Antrag angenommen.

280000 Steuern und Finanzausgleich keine Anträge

Departement Bau**322000 Tiefbau**

12832 Masterplanung Stadtraum Bahnhof: Die Sachkommission Bau und Betriebe stellen folgenden Antrag: Es sind im Voranschlag auf der Kostenart 501012 Strassen, Ausführungen 300'000 Franken als B-Kredit in dieser Höhe einzustellen. In der Kommission wurde der Antrag mit 7 zu 1 Stimmen angenommen. Es werden keine weiteren Anträge gestellt. Der Stadtrat ist mit der Änderung einverstanden. Damit ist der Antrag angenommen.

328000 Entsorgung keine Anträge

34000 Vermessung keine Anträge

350000 Baupolizei keine Anträge

360000 Städtebau

St. Fritschi (FDP): Die FDP-Fraktion stellt folgenden Antrag: Die Stelle eines Projektleiters ist zu streichen. (Stellen müssen befristet werden, da die Bautätigkeit in wenigen Jahren deutlich abnehmen wird). Kürzung des Globalkredits um 150'000 Franken. Die FDP weist darauf hin, dass die rege Bautätigkeit aufgrund der Rezession in wenigen Jahren abnehmen wird. Deshalb sollen keine Projektleiterstellen auf Vorrat geschaffen werden. In der Kommission hat die FDP den Antrag gestellt, diese Stelle zu befristen. Die Kommission hat den Antrag abgelehnt. Deshalb bleibt nur noch die Variante die Stelle ganz zu streichen. Nach der Einführung von WOV kann keine Befristung mehr beantragt werden. Es ist nicht richtig, dass eine Projektleiterstelle geschaffen wird, wenn man weiss, dass diese in einigen Jahren nicht mehr benötigt wird. Im Hinblick auf das Jahr 2010 soll die Stellen gestrichen werden.

U. Böni (SP): Die SP ist mit diesem Antrag nicht einverstanden. R. Werren hat im Namen der FDP erklärt, dass die Stadt mehr investieren muss. U. Böni zeigt anhand des Voranschlags dass die Produktegruppe Städtebau insgesamt über 37 Stelleneinheiten verfügt – neu wären es 38 Stellen. Die neue Stelle soll im Hochbau geschaffen werden. 10 Mitarbeitende sind zurzeit in dieser Abteilung angestellt. Sie müssen immense Bausummen begleiten und abrechnen, Offerten einholen etc. Aus dem Voranschlag ist ersichtlich, dass sich die Projekte von 95 auf 130 erhöht haben. In der laufenden Rechnung sind 5,5 Millionen eingestellt und die Investitionen haben zugenommen. Zudem sind grosse Projekte geplant. Der Adlergarten wird ein Thema sein ebenso zwei Schulhausbauten. Diese Projekte werden 2010 nicht abgeschlossen sein. Es macht keinen Sinn zu behaupten, diese Stelle sei 2010 hinfällig. Den Beweis, dass die Mitarbeitenden im Hochbau zu wenig Arbeit haben, muss erst noch erbracht werden. U. Böni bittet die Ratsmitglieder den Antrag abzulehnen. Es kann nicht sein, dass auf der einen Seite mehr investiert werden soll und auf der anderen Seite die Stellen nicht bewilligt werden.

Stadtrat W. Bossert dankt U. Böni für die Darstellung. Der Stadtrat bittet die Ratsmitglieder dringend den Antrag abzulehnen. Der Zuwachs um eine Stelle ist dringend notwendig. Im Hochbau besteht ein grosser Nachholbedarf, der im Investitionsbudget ersichtlich ist. Zusätzlich wird ein grosser Teil der Kosten im Hochbau über die Laufende Rechnung abgewickelt und ist im Budget nicht ersichtlich. Die kleinen Reparaturen verursachen viel Arbeit. In den nächsten Jahren kommen grosse Projekte auf das Departement Bau zu. Zum Teil hat der Gemeinderat diese Projekte beschlossen. Zu den grossen Aufgaben gehören der Adlergarten, die Buseinstellhalle, das Polizeigebäude, das Fussballstadion, die Bäder und zwei Schulhäuser. Das alles bringt für die nächsten 6 Jahre genügend Arbeit, um diese zusätzliche Stelle mehr als voll auszulasten. Im Grunde genommen müssten zwei Stellen beantragt werden. Die Abteilung Hochbauten wird also weiterhin mit einem Unterbestand arbeiten. Es ist ein Fehler, diese Position nicht genügend stark auszubauen. Die Aufträge müssen sorgfältig ausgeführt werden. Fehler bei der Planung kommen später teuer zu stehen. Auch bei der Realisierung müssen die Projekte weiter begleitet werden, damit keine Fehler passieren. Wenn diese Stelle gestrichen wird, verliert die Stadt Geld. Stadtrat W. Bossert bittet die Ratsmitglieder, den Antrag abzulehnen.

Ratspräsident W. Langhard lässt über den Antrag der FDP abstimmen, den Globalkredit um 150'000 Franken zu kürzen.

Der Rat lehnt den Antrag mit grosser Mehrheit ab.

Verpflichtungskredite

W. Steiner (SVP): Die SVP-Fraktion stellt den Antrag im Konto 19140, „Pilotprojekte“ Stadtlicht, Planungsausgaben/Neuvermessungen, das B zu streichen. Für dieses Projekt braucht es keinen Wettbewerb. Der Kredit soll zurückgestellt werden aufgrund der finanziellen Situation der Stadt und weil der Energieverbrauch dadurch erhöht würde. Die Grüne/AL-Fraktion wird diesen Antrag sicher unterstützen. Alles was zu einem höheren Energieverbrauch führt, muss sorgfältig geprüft werden. Sparen ist angesagt. Im Kleinen muss begonnen werden Energie zu sparen.

Stadtrat M. Gfeller: Die ersten Stadtlicht-Projekte haben das Gegenteil von dem bewiesen, was W. Steiner aussagt. Mit der neuen Altstadtbeleuchtung kann ca. 30 % Energie gespart werden. Wichtig ist, dass die technische Entwicklung im Auge behalten wird. In Bezug auf die Beleuchtung ist vieles im Umbruch. Der Stadtrat ist zuversichtlich, dass es noch weitere Projekte geben wird, mit denen Energie gespart werden kann. Es braucht aber auch die notwendigen Finanzen, um diese Entwicklung zu studieren.

Ratspräsident W. Langhard lässt über den Antrag der SVP abstimmen.

Der Rat lehnt den Antrag mit grossem Mehr ab. Das B im Verpflichtungskredit wird nicht gestrichen.

W. Steiner (SVP) stellt den Antrag im Konto 19143, Wettbewerb Musikpavillon/Stadtgarten, Planungsausgaben/Neuvermessungen, das B zu streichen. Der erste Schritt in Bezug auf den Musikpavillon ist gemacht worden – ein zweiter soll folgen. Aber es gibt einfachere Varianten als einen Wettbewerb für 100'000 Franken. In der Stadtverwaltung arbeiten genug helle Köpfe, die ein einfaches Projekt planen können. W. Steiner bittet die Ratsmitglieder, den Antrag zu unterstützen.

E. Wettstein (SP): Diesen B Kredit zu streichen wäre ein falsches Signal. Einerseits will man Ordnung rund um den Pavillon und andererseits will man nichts investieren. Der Pavillon soll aufgewertet werden damit sich keine neue Szene bildet. Ein neues Projekt kann die Nutzungsmöglichkeiten klären. E. Wettstein dankt den Ratsmitgliedern für die Ablehnung des Antrags der SVP.

J. Heusser (FDP): Im Gegensatz zu E. Wettstein ist die FDP für den Abbruch des Pavillons. Dafür braucht es keinen Kredit. Ein Abbruch wäre einfach. Der Pavillon ist falsch gebaut worden. Eigentlich sollte er den Musikgesellschaften für ihre Darbietungen dienen. Das hat sich nicht bewährt. Deshalb stellt die FDP den Antrag den Pavillon abzubauen, damit braucht es auch keinen Planungskredit.

Stadtrat W. Bossert wird dieses mal selber zu seinen Geschäften sprechen. Der Stadtrat hat die Aufgabe, die Situation rund um den Pavillon zu verbessern, soweit gelöst. Im Pavillon sind viel weniger Problemfälle anzutreffen. Die Leute sind natürlich immer noch in der Stadt – aber nicht mehr direkt beim Pavillon. Die Polizei ist noch immer präsent. Wesentlich ist, dass der Platz jetzt belebt wird. Es kann nicht sein, dass dauernd die Polizei vor Ort ist, um die Stände zu bewachen. Die bauliche Situation des Gebietes muss verbessert werden – nicht nur der Platz zwischen dem Restaurant Kreuz und dem Pavillon. Auch ein Abriss wäre keine Lösung. Der Platz muss aufgewertet und belebt werden. Der Stadtrat sieht das in einem grösseren Massstab und möchte für die Zukunft planen. Deshalb braucht es das Geld für den Wettbewerb. In der Stadtverwaltung arbeiten helle Köpfe das stimmt. Für gewisse Aufgaben braucht es aber einen Input von aussen. Wenn man am Anfang aus dem Vollen schöpfen kann, sind schlussendlich gute Lösungen möglich. Stadtrat W. Bossert bittet die Ratsmitglieder das B nicht zu streichen.

Ratspräsident W. Langhard lässt über den Antrag der SVP abstimmen.

Der Rat lehnt den Antrag mit grossem Mehr ab.

Departement Sicherheit und Umwelt

411000 Polizeirichteramt keine Anträge

424000 Stadtpolizei keine Anträge

425000 Betrieb Parkhäuser und Parkplätze keine Anträge

430000 Feuerwehr keine Anträge

440000 Zivilschutz keine Anträge

460000 Melde- und Zivilstandswesen keine Anträge

480000 Umwelt- und Gesundheitsschutz

B. Günthard Fitze (EVP/EDU/GLP): Mit einer Investition von 80'000 Franken in Stromsparmäuse und Zeitschaltuhren kann man auf einfache Weise Strom sparen. Es wird darüber diskutiert, dass neue AKWs gebaut werden müssen, damit keine Stromknappheit entsteht. Der Antrag Stromsparmäuse und Schaltuhren in der Stadtverwaltung einzuführen wurde von der Kommission Soziales und Sicherheit mit 6 zu 1 Stimmen angenommen. Der Globalkredit ist entsprechend um 80'000 Franken zu erhöhen. Das wäre eine einfache Variante, um Strom zu sparen. Diese Geräte können auf dem freien Markt gekauft und selber installiert werden. Es wird am IDW und am Amt für Sicherheit und Umwelt liegen, zu entscheiden, welche Geräte gekauft werden. B. Günthard Fitze bittet die Ratsmitglieder dem Antrag anzunehmen.

U. Dolski (CVP): Die CVP-Fraktion unterstützt den Antrag nicht. Die Fraktion befürwortet zwar, dass Strom gespart wird und weiss, dass mit Stromsparmäusen Strom gespart werden kann. Sie ist aber überzeugt, dass die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung mit etwas gutem Willen selber Strom sparen können. Dazu braucht es eine stadtinterne Weisung. Das müsste genügen. Diese Massnahme würde weniger kosten und den Mitarbeitenden das Gebot des eigenverantwortlichen Umgangs mit Energie in Erinnerung rufen und ihnen das Vertrauen aussprechen. PC und Drucker abzustellen sollte selbstverständlich sein.

A. Daurù (SP): Die SP unterstützt den Antrag. Mit der Anschaffung von Stromsparmäusen kann Strom gespart werden – das ist ein wichtiger ökologischer Faktor. Im Weiteren wird die Stadtkasse von unnötigem Stromverbrauch, der im Standby Modus anfällt, entlastet. Dieser Antrag der Sachkommission Soziales und Sicherheit ist eine Konsequenz aus der stadträtlichen Antwort zur Interpellation 07/066 von E. Schlegel (SP). Der Stadtrat schreibt, dass das grösste Einsparpotential im Bereich der Büroarbeitsplätze im sparsamen Umgang der Mitarbeitenden mit den Computern auszumachen ist. Das heisst, die Geräte müssen während den Pausen und nachts abgestellt werden. Durch Stromsparmäuse ist das einfacher umzusetzen. Damit fällt es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern leicht, einen Beitrag zur Verringerung des Energieverbrauchs zu leisten. A. Daurù bittet die Ratsmitglieder, den Kommissionsantrag zu unterstützen.

A. Meier (FDP): Die FDP-Fraktion unterstützt den Ablehnungsantrag der CVP. Stromsparen ist ein wichtiges Anliegen. Die FDP appelliert aber an die Eigenverantwortung des Personals, die Geräte abends auszuschalten. Das sollte selbstverständlich sein. Bezüglich der Kosten, reichen die beantragten 80'000 Franken wahrscheinlich nicht aus. Es müssen noch Abklärungen durchgeführt werden.

W. Badertscher (SVP) hat diesen Antrag in der Kommission abgelehnt. Die SVP bleibt bei diesem Entscheid. Die Begründung ist ganz einfach. Die Kosten betragen 80'000 Franken für die ganze Stadtverwaltung. Der Nutzen liegt dann bei den einzelnen Produktgruppen, die weniger Strom brauchen. Diese Investition kann jede Produktgruppe selber tätigen.

D. Berger (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion unterstützt den Antrag der Sachkommission Soziales und Sicherheit. Weisungen an das Personal bringen kaum etwas, das zeigt die Erfahrung. Es braucht auch technische Hilfestellungen – wie die vorgeschlagenen Stromsparmäuse. Es handelt sich um eine sinnvolle Investition. Zudem haben viele Firmen, die in der IT-Branche arbeiten, diese Stromsparmäuse bereits im Gebrauch. Das funktioniert. Nach den Anträgen möchte D. Berger noch ein Votum halten zur Produktegruppe.

Stadtrat M. Künzle: Der Stadtrat bleibt beim beantragten Budget. Stadtrat M. Künzle möchte noch zwei Zahlen nachliefern, die er in der Kommissionsberatung versprochen hat. Wenn diese Aktion, den Standby Modus abzuschalten, durchgeführt wird, ohne die Computer mit einzubeziehen, könnten 196'000 kWh gespart werden oder 26'000 Franken, wenn die Computer mit einbezogen werden, dann wären es 260'000 kWh oder 34'000 Franken. Die IDW weist darauf hin, dass der Einbezug der Computer Probleme bei der Anpassung der Programme verursachen würde, weil sie nachts nicht mehr durchgeführt werden könnte. Die IDW ist ausserdem der Meinung, dass die beantragten 80'000 Franken nicht ausreichen.

Ratspräsident W. Langhard lässt über den Antrag der Sachkommission Soziales und Sicherheit abstimmen, den Globalkredit um 80'000 Franken zu erhöhen.

Der Rat stimmt dem Antrag mit 32 zu 25 Stimmen zu.

A. Meier (FDP): Die FDP-Fraktion stellt den Antrag den Globalkredit um 70'000 Franken zu kürzen. Im Hinblick auf die sich verschlechternde Wirtschaftslage ist die Schaffung von neuen Stellen nicht zu verantworten. Umweltschutz ist ein wichtiges Thema. Die neue Stelle im Bereich der Nachhaltigkeit kann gestrichen werden. Die Mobilitätsberatung hat nicht den gewünschten und erhofften Erfolg gebracht. Deshalb ist eine Aufgabenverschiebung aus dem Bereich der Mobilitätsberatung in den Bereich Nachhaltigkeit denkbar und umsetzbar.

A. Ramsauer (Grüne/AL) wird weniger zum Thema Nachhaltigkeit sprechen sondern vielmehr zu den WOV-Mechanismen. Er bittet die Ratsmitglieder diesen Antrag abzulehnen. Wer weniger Globalkredit sprechen will, kann das machen – das ist eine politische Frage – gleichzeitig muss aber entsprechend auf der Leistungsseite reduziert werden. Das heisst, man muss zum Beispiel in dieser Produktegruppe die Messgrösse Aktionen oder Kampagnen verändern. Der Antrag ist – weil das Gleichgewicht zwischen Leistung und Geld nicht eingehalten wird – weder technisch noch inhaltlich haltbar.

A. Daurù (SP): Die SP-Fraktion lehnt den Kürzungsantrag der FDP ab. Der Stadtrat hat Legislatorschwerpunkte gesetzt. Diese Schwerpunkte sind von allen Mitgliedern des Stadtrates entwickelt und verabschiedet worden und der Gemeinderat hat sie zur Kenntnis genommen. Nachhaltiges Denken und Handeln ist ein Schwerpunkt. Winterthur hat den Energie Award in Gold erhalten, weil die Stadt im Energiebereich fortschrittlich und nachhaltig handelt. Die Stadt ist diesbezüglich ein Vorbild und sollte das auch bleiben. Davon kann die Stadt über Kurz oder Lang profitieren – sei es wirtschaftlich oder im Rahmen der ökologischen Energieversorgung. Unter dem Legislatorschwerpunkt nachhaltiges Denken und Handeln sind drei Zieldimensionen einer nachhaltigen Entwicklung aufgeführt. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, gesellschaftliche Solidarität und ökologische Verantwortung innerhalb der Verwaltung und überregional sollen gefördert und verankert werden. Die SP ist erstaunt, dass gerade die FDP, die in ihrem Positionspapier zur Klimapolitik schreibt, die Schweiz sei eine treibende Kraft in der internationalen Klimapolitik und daher werde von der Schweiz auch erwartet, dass sie ihr eigenes Haus ökologisch in Ordnung hält beziehungsweise mit einer konsequenten Politik in Ordnung bringt. Wo ist die konsequente Politik, wenn die FDP bereits auf lokaler Ebene diesbezügliche Bemühungen erstickt, indem sie 0,7 Stellen streichen will. Die 0,7 Stellen – beziehungsweise die 70'000 Franken – bedeuten eine Investition in die Zukunft. A. Daurù bittet die Ratsmitglieder den Kürzungsantrag der FDP abzulehnen.

St. Fritschi (FDP) dankt A. Daurù, dass er die Homepage der FDP gelesen hat. Ein Hinweis an A. Ramsauer: Die FDP hat im Beschlussteil keine Veränderung vorgenommen. Sie hat auch nie ein zusätzliches Ziel formuliert. Es handelt sich um die Legislaturziele des Stadtrates. Das hat der Gemeinderat zur Kenntnis genommen, das ist richtig. Das heisst aber nicht, dass die FDP die Legislaturziele übernehmen und im Budget umsetzen will. Es sind die Ziele des Stadtrates und der Gemeinderat fungiert als Filter, er kann in diese Ziele einwilligen oder sie ablehnen.

A. Ramsauer (Grüne/AL): Es geht hier nicht um das Ziel der Nachhaltigkeit. Im Budget stehen Messgrössen, die definieren, was umgesetzt werden soll und wie viel das kosten darf. Wenn man das Geld kürzen will, muss auch die Leistung reduziert werden. Das sollte jeder begreifen. Das wird hier nicht gemacht, Deshalb ist der Kürzungsantrag sinnlos.

H. Iseli (EDU): Es ist sicher keine einfache Sache WOV zu erklären. Wenn an einen Ort muss reduziert wird, muss auch an andern Ort gekürzt werden oder umgekehrt. Warum? Für einen Betrag von 500'000 Franken kann der Gemeinderat bestimmt Forderungen stellen. Jetzt wird für 400'000 Franken etwas gefordert. Das ist eine ganz einfache Rechnung. H. Iseli fordert für weniger Geld die gleiche Leistung. Wo liegt das Problem?

Stadtrat M. Künzle: Wenn es nur so einfach wäre! Das Thema Nachhaltigkeit hat in den letzten Jahren immer grössere Akzeptanz in der Bevölkerung erhalten. Man konnte nachweisen, dass es sich dabei nicht um übertriebene Anliegen der Grünen handelt sondern um ökonomische, ökologische und gesellschaftliche Faktoren. Es geht um eine Ressourcen schonende Planung. Nachhaltigkeit wird nicht mehr in Birkenstocksandalen sondern in Anzug und Krawatte vertreten. Der Winterthurer Stadtrat hat in seinen Legislatorschwerpunkten der Bedeutung der Nachhaltigkeit Ausdruck verliehen, indem er nachhaltiges Denken und Handeln als Ziel formuliert hat und das Thema Nachhaltigkeit in den Legislatorschwerpunkten prominent gesetzt hat. Die nachhaltige Entwicklung einer Stadt ist ein Standortfaktor. Sie fördert die Wirtschaft. Es ist wichtig, dass zusammen mit der Wirtschaft in erneuerbare Energien und Energieeffizienz investiert wird. Das sichert auch Arbeitsplätze. Die Stadt Winterthur ist Klimabündnisstadt, Energiestadt und Blue City. Die Stadt hat mit einem Minimum an Ressourcen das Goldlabel erhalten. Die nötige Punktzahl wurde mit einem Sondereinsatz erreicht – zudem hat Winterthur nationale Vorbildwirkung. Die Stadt hat aber zu wenige Ressourcen, um der Nachhaltigkeit genügend Kraft zu geben. Neue Projekte sind bereits geplant – zum Beispiel das Projekt nachhaltiges Denken und Handeln. Dabei geht es um die Implementierung von Nachhaltigkeitsinstrumenten in der Verwaltung.

Um eine nachhaltigkeitsorientierte Gemeindeführung zu erreichen, arbeitet die Stadt mit der ZHW zusammen. Ein nationales Projekt befasst sich mit den Kernindikatoren zur nachhaltigen Entwicklung. Es geht um Controlling und die Weiterentwicklung von Projekten, um Projektentwicklung mit den Schwerpunkten Energieeffizienz und erneuerbare Energien und um Informationsaustausch und Vernetzung. Mit dem Club of Rome hat der Stadtrat bereits Kontakt aufgenommen. Um weiterzukommen, muss mehr Kraft in diese Projekte investiert werden. Das Gold Label soll nächstes Mal mit Überzeugung erreicht werden. Das Klimabündnis Städte Schweiz muss gepflegt werden. Die Stadt hat sehr viele Aufgaben zu bewältigen. Es ist wichtig, dass dafür die notwendigen Ressourcen vorhanden sind. Der Bereich Umwelt- und Gesundheitsschutz liegt im internen Budget unter dem vorgegebenen Grenzwert. Das heisst, dass letztendlich die Stelle durch interne Einsparungen ermöglicht wird. Die Bevölkerung der Stadt Zürich hat den Weg zur 2'000 Watt Gesellschaft aufgezeigt. Auch in Winterthur finden ähnliche Diskussionen statt. Es braucht aber Kraft, um diesen Weg fortzusetzen. Wenn der Gemeinderat heute Nein sagt, wird die Stadt morgen teuer dafür bezahlen.

Ratspräsident W. Langhard lässt über den Antrag der FDP abstimmen, den Globalkredit um 70'000 Franken zu kürzen.

Der Rat lehnt den FDP Antrag ab, der Globalkredit wird nicht gekürzt.

D. Berger (Grüne/AL) äussert sich zu den Verschiebungen der Zielvorgaben. Im Vergleich zum Budget 2008 wurden in der Produktgruppe Umwelt und Gesundheit einzelne Indikatoren in den Informationsteil verschoben. Diese Änderung ist im Voranschlag nicht ersichtlich. Wurde aber im Rahmen einer Kommissionssitzung zu den einzelnen Produktgruppen des Departements kommuniziert. In der Kommission wurde dieses Vorgehen kritisiert, weil Parlamentarische Zielvorgaben aus dem Voranschlag entfernt und verschoben wurden. Es handelt sich schliesslich um Parlamentarische Zielvorgaben. Im Budgetprozess haben die Kommissionsmitglieder aber vorerst den Änderungen zugestimmt. Die einzelnen Verschiebungen werden aber noch genauer analysiert – entsprechende Anträge werden folgen.

Stadtrat M. Künzle: Der Stadtrat und die Verwaltung sind im Rahmen des Budgetprozesses zum Teil bereits seit dem Frühjahr mit der Budgetierung beschäftigt. Im Rahmen dieses Prozesses muss sich auch der Stadtrat Gedanken zu den Indikatoren machen. Im Wissen darum, dass das Budget – inklusive Zahlen und Text – in den parlamentarischen Kommissionen behandelt wird und das Parlament damit Einfluss nehmen kann, ist es nicht verboten Änderungen vorzunehmen. Der Stadtrat hat dabei keine unlauteren Absichten verfolgt. Die Idee, dass in einer grossen Runde in der Sachkommission Soziales und Sicherheit alle Indikatoren geprüft werden, ist erst im Sommer entstanden. Daraufhin wurden alle Ideen gesammelt. Der Stadtrat hatte nie die Absicht, etwas am Parlament vorbei zu schmuggeln.

Departement Schule und Sport

510000 Bildung keine Anträge

512000 Schulbehörden keine Anträge

522000 Materialverwaltung keine Anträge

524000 Schulbauten keine Anträge

525000 Ferienkolonien keine Anträge

528000 Beiträge keine Anträge

531000 Schulbetrieb Kindergärten keine Anträge

538000 Liegenschaften Kindergärten keine Anträge

541000 Obligatorischer Unterricht Primarschule keine Anträge

542000 Fakultativer Unterricht Primarschule keine Anträge

548000 Liegenschaften Primarschule

12706, Schulhaus Zinzikon: Neubau: Die Sachkommission Bau und Betriebe stellt folgenden Antrag: Es sind im Voranschlag in die Kostenart 503021 Schulgebäude, Projektierung 300'000 Franken einzustellen und der Projektierungskredit auf 1 Million zu erhöhen. Dieser Antrag wurde in der Kommission mit 7 zu 1 Stimmen angenommen.

J. Heusser (FDP): Letztes Mal als es um eine ähnliche Sache ging, hat sich J. Heusser nicht zu Wort gemeldet. D. Hauser hat der FDP vorgeworfen, sie hätte die Anträge nicht rechtzeitig eingereicht. Die Sachkommission Bau und Betriebe hat vom Hochbauamt und vom Schulamt die Anträge ebenfalls nicht rechtzeitig erhalten. Trotzdem wurden sie verhandelt. Nachdem J. Heusser heute einiges gehört hat, das ihm nicht passt, möchte er doch festhalten, dass der Stadtrat einige Anträge nicht rechtzeitig eingereicht hat. Er hat 14 Tage nach dem Novemberbrief zwei Anträge unterbreitet, die absolut verständlich sind und von der Kommission unterstützt wurden. Aber sie sind nicht rechtzeitig erfolgt. Die FDP hat ihre Anträge ebenfalls zu spät eingereicht und ist dafür gebeutelt worden. Deshalb hat J. Heusser dem Stadtrat ebenfalls die Meinung sagen müssen.

Stadtrat W. Bossert wird sich Asche aufs Haupt streuen, wenn das gewünscht wird. Dieser Antrag hätte in den Novemberbrief gehört. Im letzten Moment wurde er in die Kommissionssitzung eingebracht. Der Stadtrat wäre sehr froh, wenn der Gemeinderat zustimmen würde.

Ratspräsident W. Langhard stellt fest, dass die FDP keinen Ablehnungsantrag gestellt hat, und dass keine Wortmeldungen mehr vorliegen. Damit hat der Gemeinderat den Antrag angenommen und den Projektierungskredit um 300'000 Franken erhöht.

551000 Obligatorischer Unterricht Oberstufe

Zielvorgaben/Messgrößen: 3993 Umlagen innerhalb der Departemente:

F. Helg (FDP): Die FDP stellt den Antrag die geplante Stellenerhöhung bei der Fachstelle Schule und Computer zu reduzieren und das Budget um 45'000 Franken zu kürzen. Die Stellenaufstockung um 1,5 Stellen hat bereits anlässlich der letzten Ratssitzung zu Diskussionen geführt. Damals hat der Gemeinderat die Vorlage verabschiedet, die eine Anpassung der Infrastruktur auf der Sekundarstufe umfasst. Die FDP hat damals die versteckte Budgetierung kritisiert und den Umfang dieser Stellenaufstockung in Frage gestellt. Die Fachstelle soll jetzt von 2,5 auf 4 Stellen aufgestockt werden, das bedeutet einen Zuwachs um 60 %. Es geht um den zentralen Support in didaktischer Hinsicht. Hier besteht ein grosser Handlungsspielraum. Zu berücksichtigen ist, dass auch Angebote innerhalb der normalen Weiterbildung für Lehrpersonen genutzt werden können. Deshalb beantragt die FDP-Fraktion nur die Hälfte dieser Aufstockung zu bewilligen. Nicht betroffen ist die Unterstützung in technischer Hinsicht. Wie diese Kürzung sich berechnet hat F. Helg auf einem Blatt aufgeführt. Es handelt sich um insgesamt 1,5 Stellen und Kosten von 217'000 Franken. Die Hälfte davon sind knapp 109'000 Franken. Weil diese Stellenaufstockung nur für 5 Monate budgetiert ist, beläuft sich der Kürzungsumfang auf 45'000 Franken. F. Helg ersucht die Ratsmitglieder, im Sinne einer schlanken Verwaltung, dem Antrag zuzustimmen.

M. Stauber (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion bittet die Ratsmitglieder den Antrag der FDP abzulehnen. Die FDP spürt offenbar bereits den Wahlfrühling 2010. Sie hat einmal mehr einen Fehlgriff getan. Auch die FDP bezeichnet sich gerne und oft als Bildungspartei. Im Zusammenhang mit diesem Support will M. Stauber drei allgemeine Argumente vorbringen, die auch von der FDP unterschrieben werden. 1. Infrastruktur, Lehrplan, Lehrmittel etc. sind wichtig. Massgeblich für die Qualität des Unterrichts ist aber das, was die Lehrpersonen den Schülerinnen und Schülern bieten. 2. Man kann den Lehrkräften die Infrastruktur – zum Beispiel Computer und Programme – zur Verfügung stellen. Das hat die Stadt Winterthur gemacht. Aber die Lehrkräfte können nicht gezwungen werden, diese Infrastruktur anzuwenden. 3. Es ist wünschbar, dass die Lehrkräfte die angebotene Infrastruktur nutzen. Der methodisch-didaktische Support soll die Lehrpersonen dazu animieren die gebotene Infrastruktur auch anzuwenden. Im Sinne einer zeitgemässen Bildung, bittet die Grüne/AL-Fraktion die Ratsmitglieder, den Antrag der FDP abzulehnen.

O. Seitz (SP): Wahrscheinlich gibt es niemanden im Saal, der nicht Geld sparen will, wenn es sinnvoll ist. Die Reduktion der geplanten Stellen ist aber alles andere als sinnvoll. An der letzten Ratssitzung hat der Gemeinderat einen Kredit von 4,39 Millionen gesprochen. 45'000 Franken sind 1 % dieses Betrags. Wenn die Lehrpersonen, die Infrastruktur nicht nutzen, weil am Support gespart worden ist, dann hätte der Gemeinderat die 4,39 Millionen auch aus dem Fenster werfen können. Auch Lehrpersonen, die bereits seit langem die Ausbildung abgeschlossen haben und zu Hause nicht am Computer ihre Freizeit verbringen, sollen lernen mit diesen Geräten zu arbeiten. An der letzten Ratssitzung hat O. Seitz eine Grafik gezeigt, die aufzeigt, dass die von der FDP gewünschte schlanke Verwaltung in Winterthur Realität ist. Offenbar haben das nicht alle wahrgenommen. Deshalb hat O. Seitz die Verwaltung gebeten, den Personalbestand anschaulich darzustellen. In Uster betreut ein Supporter 120 Lehrpersonen, in Urdorf ebenfalls 120, in der Stadt Zürich sind es 162 Lehrpersonen und in Winterthur 193. Wenn der Kürzungsantrag angenommen wird, werden sogar 222 Lehrpersonen von einem Supporter betreut. Das zeigt deutlich, dass Winterthur die schlankste Verwaltung hat, und dass es nicht sinnvoll ist, das Budget zu Kürzen. Interessanterweise betrifft der Kürzungsantrag allein die Supportstellen im methodisch-didaktischen Bereich und nicht diejenigen im technischen Bereich. Es bringt aber nichts, wenn die Com-

puter nicht genutzt werden. Deshalb stellt sich die Frage, ob die FDP Parteipolitik macht. Immerhin ist der IDW einem Departement unterstellt, das der FDP nahe steht. O. Seitz bittet die Ratsmitglieder, sich für die Schule einzusetzen und den Kürzungsantrag abzulehnen.

St. Nyffeler (SVP): Als über die Beamer diskutiert wurde, hat St. Nyffeler bereits davor gewarnt, Geräte anzuschaffen, die nicht genutzt werden. Er ist davon überzeugt, dass Lehrpersonen, die nicht mit den neuen Geräten arbeiten wollen, das auch nicht tun werden. Auch wenn jetzt noch so viel Geld investiert wird. Wenn durch die Kürzung von 45'000 Franken ein kleiner Sparbeitrag geleistet werden kann, ist das wenigsten ein Tropfen auf den heissen Stein. Deshalb unterstützt die SVP den Kürzungsantrag der FDP.

D. Hauser (SP): Es geht um einen einfachen Mechanismus. Der Rat hat an der letzten Ratssitzung Ja gesagt. Investitionsbeiträge, die vom Parlament gesprochen werden, haben Konsequenzen. Die beantragten Stellen sind in der Weisung ausgewiesen. Zu dieser Weisung hat der Gemeinderat Ja gesagt. Diese Ausgaben sind gebunden. Wenn der Gemeinderat mit der Stellenaufstockung nicht einverstanden ist, hätte er das Geschäft zurückweisen müssen. Das ist nicht passiert. Der Gemeinderat hat der Weisung zugestimmt und damit auch der Gebundenheit der 1,5 Stellen. Wenn schon, müsste die FDP sagen, wo die 45'000 Franken sonst gespart werden sollen.

F. Helg (FDP): Was D. Hauser sagt, stimmt nicht. In der Weisung steht von dieser Stellenaufstockung kein Wort. Deshalb ist es schlichtweg falsch, dass der Gemeinderat nur noch Ja sagen kann zur Stellenaufstockung.

Stadträtin P. Pedernana: Heute war die Rede von einer schlanken Verwaltung. Der Stadtrat hat in typischer Winterthurer Manier budgetiert. Im Vergleich mit anderen grossen Gemeinden hat der Stadtrat sehr wenig budgetiert für den methodisch-didaktischen Support, genauso wie für den technischen Support. Die Rückmeldungen, die Stadträtin P. Pedernana von Schülerinnen und Schülern aus ihrem Umfeld erhält, sind sehr unterschiedlich. Einige Schüler haben ihr gesagt, dass sie in drei Jahren Sekundarschule einmal den Computerraum genutzt haben. In der dritten Sekundarschulklasse haben sie dann das Freifach Informatik besucht und dadurch häufiger am Computer gearbeitet. Auf der andern Seite gibt es Schülerinnen und Schüler, die erzählen, dass mehrere Computer im Klassenzimmer stehen, die jederzeit genutzt werden können. Das Spektrum, wie die Computer in der Schule eingesetzt werden, ist sehr breit. Deshalb ist es schwierig von einzelnen Rückmeldungen auf das Ganze zu schliessen. Trotzdem nimmt Stadträtin P. Pedernana solche Aussagen von Schülerinnen und Schülern ernst. Die Lehrpersonen müssen vielfältige Herausforderungen bewältigen. Wenn eine Lehrperson im Umgang mit dem Computer nicht sehr versiert ist, besteht die Gefahr, dass er im Unterricht zu wenig eingesetzt wird. Wer im Umgang mit dem Computer nicht sicher ist, will sich vor den Schülerinnen und Schülern oft nicht blamieren und lässt das Thema eher links liegen. Gute zeitgemässe Bildung darf aber kein Zufall sein. Deshalb ist es wichtig, dass die Lehrpersonen sich weiterbilden können und dass sie im methodisch-didaktischen Bereich unterstützt werden. Wenn dieser Punkt vernachlässigt wird, werden die Computer nicht in allen Klassen genutzt.

Ratspräsident W. Langhard lässt über den Kürzungsantrag der FDP-Fraktion abstimmen.

Der Rat lehnt den Kürzungsantrag klar ab.

552000 Fakultativer Unterricht Oberstufe keine Anträge

558000 Liegenschaften Oberstufe keine Anträge

562000 Sprachheilkindergarten keine Anträge

565000 Kleinklassen C keine Anträge

566000 Therapeutischer Unterricht keine Anträge

567000 Auswärtige Sonderschulen keine Anträge

574000 Familienergänzende Kinderbetreuung

Ratspräsident W. Langhard: Von der Kommission Bildung, Sport und Kultur sind drei Anträge gestellt worden. Der Ratspräsident möchte alle drei Anträge zusammen behandeln.

O. Seitz (SP): Vor etwa einem halben Jahr wurde im Rat über die Volksinitiative mehr Kinderbetreuung debattiert. Damals konnte das Departement Schule und Sport keine genauen Zahlen vorlegen. Das Departement ging damals von ca. 100 fehlenden subventionierten Krippenplätzen aus. Ein Krippenplatz wird durchschnittlich von 2 Kindern genutzt. Mitte 2008 musste davon ausgegangen werden, dass für 200 Kinder subventionierte Plätze fehlen. Heute sehen die Zahlen ganz anders aus. Das hat die SP überrascht. Am 1. September 2008 wurde genau nachgezählt. Die vorliegenden Zahlen sind bereinigt, deshalb gibt es keine Mehrfachnennungen mehr auf den Wartelisten. 370 Kinder warteten am 1. September auf einen Krippenplatz. Wenn man die subventionierten Krippenplätze betrachtet, waren es 338 Kinder. Die Tabelle zeigt, dass 140 Kinder mehr als erwartet auf einen subventionierten Krippenplatz warten.

Auf dem Hintergrund dieser Zahlen hat die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur diese drei Anträge zu überweisen. 1. Antrag: Erhöhung der Kinderplätze um weitere 10 Plätze für 6 Monate. Das führt zu einer Erhöhung des Globalkredits um 75'000 Franken. Dieser Antrag wurde in der Sachkommission mit 6 zu 1 Stimmen angenommen. Der Stadtrat wollte lediglich 10 neue Plätze schaffen. Im letzten Jahr waren es 16 und im vorletzten Jahr 21. Einzig im Jahr 2009 will er nur 10 Plätze schaffen. Das macht vor dem Hintergrund der präsentierten Zahlen keinen Sinn. 2. Antrag: Erhöhung der Säuglingsplätze um weitere 5 Plätze für 6 Monate. Das führt zu einer Erhöhung des Globalkredits um 56'000 Franken. Bei den Säuglingsplätzen besteht ein Fehlbedarf von über 100 %. Zurzeit gibt es 52 subventionierte Säuglingsplätze. Gebraucht werden noch zusätzlich 63 Plätze. Die Aufstockung ist dringend notwendig. 3. Antrag: Erhöhung der subventionierten Betreuungsstunden für Kinder in Tagesfamilien um weitere 5'000 Stunden. Das führt zu einer Erhöhung des Globalkredits um 30'000 Franken. Die Stunden in den Tagesfamilien sind sehr günstig. Zusätzlich könnten diese Tagesfamilien bei der Umsetzung des Volksschulgesetzes mithelfen. Die SP-Fraktion freut sich sehr, dass diese Anträge in der Sachkommission eine Mehrheit gefunden haben. Sie setzt sich für eine bedarfsgerechte Anzahl von subventionierten Kinderplätzen ein. Ziel ist, die Verbesserung der familienexternen Betreuung. Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf hilft mit bei der Integration von fremdsprachigen Kindern und nicht zuletzt profitiert auch der Wirtschaftsstandort Winterthur.

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion stellt einen Ablehnungsantrag. Sie empfiehlt den Ratsmitgliedern den Anträgen des Stadtrates zu folgen. Die Ablehnung bezieht sich auf alle drei Anträge. Der Stadtrat hat sich in diesem Punkt beim erstellen des Budgets durchaus etwas überlegt. Er hat eine einigermaßen realistische Zuwachsrate eingeplant und auf die finanzielle Verkraftbarkeit Rücksicht genommen. In diesem Punkt deckt sich die Haltung des Stadtrates mit der Haltung der FDP. Im Sommer stand die Initiative betreffend Kinderbetreuungsplätze zur Diskussion. Die FDP konnte mit Erfolg durchsetzen, dass ein Vorschlag ausgearbeitet wurde, der auf die finanziellen Verhältnisse der Stadt Rücksicht nimmt. Es rechtfertigt sich nicht, wenn diese Planung jetzt auf den Kopf gestellt wird. Diese Diskussion wiederholt sich jedes Jahr. F. Helg hätte sein Votum vom letzten Jahr beinahe wiederholen können. Die Linken fordern einen Ausbau der staatlichen Leistungen und ein Teil der bürgerlichen Parteien begutachten diese Entwicklung kritisch. Es ist mehrfach darauf hingewiesen worden, dass sich die finanzpolitischen Aussichten zum Schlechten geändert haben. Das lässt die SP mit ihrem Antrag völlig ausser Acht. Vernünftiger ist es, den Anträgen des Stadtrates zu folgen.

St. Nyffeler (SVP): Nach den letzten Voten zu diesem Thema von R. Isler und Y. Beutler wird sich heute St. Nyffeler dazu äussern. Die SVP-Fraktion unterstützt den stadträtlichen

Antrag und lehnt den Antrag der SP ab. Mit dem Hinweis auf die Finanzlage der Stadt, bittet St. Nyffeler auch die Kinderbetreuung entsprechend anzupassen.

M. Stauber (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion stimmt den drei Anträgen der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur zu. Das Bedürfnis ist ausgewiesen. Es ist noch höher als man gedacht hat. Bekanntlich kommen diese Aufwendungen wieder zurück in Form von Steuererträgen. Man könnte theoretisch in der Produktegruppe Steuern einen höheren Betrag einsetzen. Praktisch ist das aber nicht möglich. M. Stauber bittet die Ratsmitglieder dieser minimalen Erhöhung des Budgets zuzustimmen.

Stadträtin P. Pedernana: Das Angebot in der familienergänzenden Betreuung ist ein Schwerpunkt in den stadträtlichen Legislaturzielen und entsprechend ist auch das Budget in diesem Bereich in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. Es trifft zu, dass bis im Mai 2009 mit ca. 500 Kindern auf der Warteliste zu rechnen ist. Die meisten davon warten auf einen subventionierten Krippenplatz. Der Stadtrat ist also mit einer weitaus höheren Nachfrage konfrontiert, als Plätze zur Verfügung vorhanden sind. Der Nachholbedarf ist klar ausgewiesen. Deshalb sind die Anträge der BSKK verständlich – speziell wenn die Situation vor dem Hintergrund der noch hängigen Volksinitiative betrachtet wird. Trotzdem hält der Stadtrat an seinem Budgetantrag fest. Die Anzahl der Krippenplätze soll entsprechend diesem Antrag ansteigen. Das ist keine Geringschätzung der familienergänzenden Betreuung sondern zeigt, dass der Stadtrat ein austariertes Budget vorgelegt hat, das vielen unterschiedlichen Anliegen Rechnung tragen muss. Stadträtin P. Pedernana empfiehlt Zustimmung zum stadträtlichen Budget.

Ratspräsident W. Langhard lässt über die 3 Anträge der BSKK abstimmen.

Der Rat stimmt den Anträgen mit 29 zu 28 Stimmen zu. Damit wird der Globalkredit der familienergänzenden Kinderbetreuung um total 161'000 Franken erhöht.

575000 Schuldienste

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion beantragt, dass die geplanten Stellenerhöhungen bei den Sekretariaten der Kreisschulpflege kompensiert werden. Der Globalkredit ist um 163'000 Franken zu kürzen, entsprechend der Mehrkosten, die in den Sekretariaten anfallen. Die FDP-Fraktion begrüsst, dass die Sekretariate der Kreisschulpflegen besser dotiert werden. Diese Erhöhung um 2 Stellen verteilt auf die 7 Schulkreise trägt dazu bei, dass die Bewältigung der administrativen Aufgaben effizienter wahrgenommen werden können. Dieses Anliegen ist auch im Postulat betreffend Kreisschulpflegen umschrieben. Das ist aber nur eine Seite. Die FDP hat festgehalten, dass ein personeller Ausbau der Kreise bei der Departementsverwaltung zu kompensieren ist. Der Stadtrat hat immer hervorgehoben, dass diese Kompensation nicht möglich ist. Das ist aber unlogisch, denn der Gesamtaufwand, der für Verwaltung der Schulen erbracht wird, bleibt im Wesentlichen stabil. Verlagern sich die Aufgaben des Departements in die Kreise, so müssen sich auch die Ressourcen entsprechend verlagern. F. Helg bittet die Ratsmitglieder dem Antrag zu folgen und dazu beizutragen, dass die Verwaltung schlank bleibt.

Ch. Baumann (SP): Bittet die Ratsmitglieder im Namen der SP den Kürzungsantrag der FDP abzulehnen. Richtig ist, dass die Untersuchungen gezeigt haben, dass in den Kreisschulsekretariaten Stellenprozentage fehlen und eine Aufstockung dringend notwendig ist. Einerseits sind die Sekretariate mit Arbeit überlastet und andererseits müssen die Schulleitungen von administrativen Arbeiten entlastet werden, damit sie ihre Hauptaufgabe – die Führung und Leitung der Schule – wahrnehmen können. Es ist ein falscher Schluss, dass diese Aufstockung im Departement kompensiert werden soll. Das wäre nur zu rechtfertigen, wenn bis anhin diese Aufgaben im Departement erledigt worden wären und jetzt umgelagert werden. Es handelt sich aber um zusätzliche Aufgaben, die von den Kreisen bewältigt werden müssen. Stellt sich die FDP tatsächlich vor, dass die Mitarbeitenden im Departement Schule

und Sport unterbeschäftigt sind? Diese Ansicht beweist eine Geringschätzung der geleisteten Arbeit. Es ist der falsche Weg, wenn unbesehen der Tatsachen, reine Finanzpolitik betrieben wird und eine lineare Kürzung ohne Vorstellungen über die verzichtbaren Bereiche durchgezogen werden soll. Der Kürzung müssten eine sorgfältige Evaluation und eine Abschätzung der Folgen vorausgehen, alles andere ist unseriös. Ch. Baumann bittet die Ratsmitglieder, den Antrag der FDP abzulehnen.

M. Stauber (Grüne/AL) hält den Antrag ebenfalls für seltsam. Er widerspiegelt die Rivalitäten zwischen den Kreisschulpflegern und dem Departement, die auch im Postulat, das der Antragsteller erwähnt hat, zum Ausdruck kommen. Die Überlastung der Schulleitungen, die durch diese Aufstockung gemildert werden soll, ist unbestritten. Die FDP macht keine Vorschläge, welche Arbeiten vom Departement abgegeben werden können. M. Stauber bittet die Ratsmitglieder, den Antrag der FDP abzulehnen.

St. Nyffeler (SVP): Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag der FDP. Auch in Bezug auf die Schulreorganisation, die noch auf die Stadt zukommen wird, war es ein Anliegen der SVP, die Sekretariate der Kreisschulpflegern zu stärken und im Departement Schule und Sport entsprechend Stellen abzubauen. Er bittet die Ratsmitglieder, dem Kürzungsantrag zuzustimmen.

Stadträtin P. Pedernana: Im Jahr 2002 wurden teilprofessionalisierte Kreisschulpflege-Präsidien geschaffen und mit Sekretariaten ausgestattet. Der Stadtrat hat eingeschätzt, wie hoch der Arbeitsanfall ist. Seit 2002 muss man immer wieder feststellen, dass für die Präsidien und die Sekretariate zu wenige Ressourcen vorhanden sind. Anfänglich ging der Stadtrat davon aus, dass die fehlende Routine die Ursache dafür ist. Bis heute ist er von Seiten der Sekretariate immer wieder mit Überstunden konfrontiert. Es ist davon auszugehen, dass der Aufwand im Jahr 2002 von der Arbeitsgruppe unterschätzt worden ist. Dieser Fehler soll bereinigt werden. Ziel dieser Aufstockung ist die Entlastung der Kreisschulpräsidien. Auch die Schulleitungen sollen von administrativen Arbeiten entlastet werden. Im Zusammenhang mit der Reorganisation der Schulbehörde, schlägt der Stadtrat eine etappierte Aufstockung der Sekretariatspensen vor. Mit der ersten Aufstockung soll den Schulleitungen bereits eine gewisse administrative Unterstützung zugesichert werden. Primär geht es aber um die Entlastung der Kreisschulpflege-Präsidien. Es ist falsch, wenn administrative Tätigkeiten von teuren und dafür nicht ausgebildeten Personen übernommen müssen. Das Departement Schule und Sport hat andere Aufgaben zu erledigen und kann diese administrativen Arbeiten nicht übernehmen. Die Kreisschul-Präsidenten haben sich sehr gefreut, dass diese 200 Stellenprozente in den Novemberbrief aufgenommen worden sind, um sie zu entlasten. Sie haben das als ein Eingeständnis empfunden, dass die enorme Belastung reduziert werden soll und kämen sich verschaukelt vor, wenn die Stellenaufstockung dazu benutzt werden sollte, um Aufgaben aus der Zentrale zu verlagern. Das wäre der Fall, wenn das Departement 200 Stellenprozente abbauen müsste. Stadträtin P. Pedernana bittet die Ratsmitglieder, den Antrag abzulehnen.

Ratspräsident W. Langhard lässt über den Antrag der FDP abstimmen den Globalkredit der Schuldienste um 163'000 Franken zu kürzen.

Der Rat lehnt den Antrag mit grossem Mehr ab.

580000 Berufsbildung keine Anträge

590000 Sportamt

W. Steiner (SVP): Die SVP-Fraktion stellt den Antrag den Verpflichtungskredit 12913 FB Geiselweid, Beschaffung eines Api-Balls im Betrag von 140'000 Franken aus dem Budget zu streichen. Dieser Ball dient dazu Wellen zu verursachen. Das Schwimmbad Geiselweid wur-

de für viel Geld saniert. Die Stadt bezahlt jährlich 2,6 Millionen für 330'000 Eintritte. Das heisst pro Eintritt bezahlt die Stadt Fr. 8.25. Das sind über 50 % mehr als im Jahr 2007. So schön es für die Kinder wäre, wenn Wellen erzeugt werden könnten – auch dafür braucht es wieder Energie – die Kosten dafür sind zu hoch. W. Steiner bittet die Ratsmitglieder, diesen Kredit aus dem Budget zu streichen.

E. Wettstein (SP) zeigt anhand von Bildern die Funktion des Api-Balls. 140'000 Franken ist auch für die SP viel Geld. Es geht aber um die Attraktivitätssteigerung der Winterthurer Bäder. Viele Familien baden lieber in Seuzach oder Rümiken, weil diese Bäder spannender und attraktiver sind. Aus diesen Gründen bittet E. Wettstein die Ratsmitglieder, einmal in eine aussergewöhnliche und etwas verrückte Idee zu investieren und den Api-Ball zu kaufen. Schaumschläger gibt es genug, jetzt braucht es Wellenmacher. E. Wettstein bittet die Ratsmitglieder, der Anschaffung des futuristischen Balls zuzustimmen und dankt für die Zustimmung.

M. Wenger (FDP): Der Api-Ball ist wirkungsorientiert betrachtet Marzipan auf ein Zuckerbrot geschmiert. Das Schwimmbad Geiselweid ist ein Erlebnisschwimmbad – schön attraktiv und vielseitig nutzbar. Es bietet viel Vergnügen. Der Api-Ball ist des Guten zuviel. Das braucht es einfach nicht.

H. Iseli (EDU) schliesst sich dem Vorredner an. Wenn mit einem Api-Ball alle Bäder attraktiv gemacht werden könnten, wäre das prima. Damit könnt man Geld sparen. Leider ist das nicht so. H. Iseli hat einmal gehört, der Ball sei für das Hallenbad und ein anderes Mal, er sei für das Freibad. Er möchte zuerst wissen, wofür der Ball gedacht ist. Für beides ist er aber gleich idiotisch. Das Aussenbad ist neu renoviert. Das Geiselweid ist weit herum akzeptiert. Das Hallenbad ist das attraktivste und meistbesuchte Hallenbad der Schweiz. Ob ein Api-Ball ein Bad attraktiver macht ist zu bezweifeln. Die EDU lehnt diese Anschaffung ab.

Stadträtin P. Pedergnana: Der Api-Ball war von Anfang an für das Freibad geplant und war im Projekt des Freibades Geiselweid enthalten. Das Schwimmbad verfügt jetzt über einen Bioteich, ein Olympiabecken und ein Plauschbecken. Das Plauschbecken ist mit einer Rutschbahn ausgestattet und mit einem leichten Strömungskanal. Im Innern des Strömungskanals befindet sich ein Kreis. Die Wände wurden erhöht gebaut und im Boden wurde eine Öse verankert. Bei der Ausführung ist man vom ursprünglichen Projekt abgewichen, weil der Kredit nicht ausreichte. Deshalb hat der Stadtrat den Api-Ball mit dem Novemberbrief ordentlich beantragt, in der Überzeugung, dass es eine Attraktion wäre, im Innern des Strömungskanals Wellen zu produzieren.

Ratspräsident W. Langhard lässt über den Antrag der SVP abstimmen, die Beschaffung des Api-Balls aus dem Budget zu streichen.

Der Rat stimmt dem Antrag mit 27 zu 24 Stimmen zu. Damit wird das Budget um 140'000 Franken gekürzt.

Departement Soziales

611000 Vormundschaftsamt keine Anträge

622000 Jugend- und Familienhilfe keine Anträge

623000 Sozial- und Erwachsenenhilfe

A. Meier (FDP): Die FDP-Fraktion stellt den Antrag in der Sozial- und Erwachsenenhilfe das Budget um 150'000 Franken zu kürzen und nur 2 anstatt 3 zusätzliche Sozialarbeiterstellen zu bewilligen, bei den Zusatzleistungen sollen nur 0,5 zusätzliche Stellen bewilligt werden.

Damit könnten insgesamt 1,5 Stellen eingespart werden. Der Stadtrat beantragt die Neuschaffung von 6,5 Stellen in dieser Produktgruppe. Das ist zuviel. Die Schaffung der Stellen wird zwar mit einer stetig zunehmenden Fallzahl gut begründet. Wie mehrfach erwähnt, kann die FDP die Schaffung von neuen Stellen nicht verantworten. 0,5 Stellen werden im Produkt Zusatzleistungen zur AHV/IV benötigt. Eine Übergabe dieses Produkts an den Kanton wäre sinnvoll. Die FDP fordert den Stadtrat auf bei der SVA eine Offerte einzuholen. Dazu hat die FDP an der letzten Sitzung ein Postulat eingereicht. Wo die 1,5 Stellen letztendlich eingespart werden, wird dem Bereich Sozial- und Erwachsenenhilfe überlassen.

A. Daurù (SP): Die SP-Fraktion lehnt den Antrag der FDP ab. Trotz eines leichten Fallrückgangs ist der Aufwand in der Sozial- und Erwachsenenhilfe nicht kleiner geworden. Im Gegenteil. Das heisst eine angemessene und erfolgreiche Fallbearbeitung kann durch die jeweiligen Sozialarbeiter nur bedingt ausgeführt werden. Die Belastung ist zu gross. So kann zum Beispiel der Kontakt zu den Klienten nicht immer wunschgemäss durchgeführt werden. Das ist jedoch sehr wichtig, um den Betroffenen die bestmögliche Betreuung und Hilfe zur Selbsthilfe anzubieten – gerade bei der Suche nach der geeigneten beruflichen und sozialen Integration. Die Anstrengungen von Seiten der Sozialarbeiter für eine berufliche Integration ist nicht nur eine menschliche Investition in die Zukunft, sie zahlt sich auch wirtschaftlich aus, wie eine Studie von Anfang Jahr gezeigt hat. Für jeden Franken, den die Stadt Winterthur in die Arbeitsintegration investiert, fliessen innerhalb von drei Jahren Fr. 1.60 bis Fr. 2.10 zurück an die Stadtkasse. Schlussendlich können so Sozialhilfegelder gespart werden. Ohne diese zusätzlichen Stellen ist es aufgrund der zu hohen Arbeitsbelastung nicht möglich, diese Arbeit befriedigend wahrzunehmen. Zudem ist es auch aufgrund der Finanzkrise falsch, diese Stellen nicht zu bewilligen. Es ist von einem Fallanstieg in den nächsten Jahren auszugehen. Darauf muss die Stadt gut vorbereitet sein. Das ist sie nur dann, wenn an diesen Stellen genügend personelle Ressourcen vorhanden sind. Hier fehlt es der FDP an der notwendigen Weitsicht. Die zusätzlichen 0,5 Stellen bei den AHV- und IV-Zusatzleistungen sollen ebenfalls der Kürzungsmanie der FDP zum Opfer fallen. Auch hier hat sich ein grosser Mehraufwand ergeben. Durch den neuen Finanzausgleich ergab sich eine Verschiebung der Kosten von der Sozialhilfe zu den Zusatzleistungen und zwar im Bereich von ca. 1,2 Millionen. Deshalb ist ein Anstieg der administrativen Arbeit zu erwarten. Es braucht deshalb zusätzliche personelle Ressourcen. Die SP bittet die Ratsmitglieder, den Kürzungsantrag abzulehnen.

Stadträtin M. Ingold: Für die Missbrauchsbekämpfung braucht es eine Kontrollstelle und Leute bei der Polizei. Vor allem braucht es dafür aber genügend Personal für die Fallführung. Das wissen alle Fachleute. Das ist die beste Missbrauchsbekämpfung. Die Stadt Zürich hat im Sommer 2007 49 neue Stellen bewilligt. So viele Stellen gibt es in Winterthur gar nicht. Die Investition in die Arbeitsintegration zahlt sich aus. Das ist der andere Grund, warum diese Stellen notwendig sind. Ob die Leute beim HEKS oder in Teillohnstellen untergebracht werden können, oder ob sie direkt der Stellenvermittlung zugeführt werden, man muss mit den Leuten arbeiten. Es ist klar, dass für diese Stellen kein Budget erstellt wird. Der Stadtrat geht davon aus, dass die sich auszahlen. Es ist eine Fehlmeinung, dass der Globalkredit um 150'000 Franken reduziert werden kann. Die Stellen für die Zusatzleistungen zahlen sich allerdings nicht aus.

Ratspräsident W. Langhard lässt über den Antrag der FDP abstimmen den Globalkredit in der Sozial- und Erwachsenenhilfe um 150'000 Franken zu kürzen.

Der Rat lehnt den Antrag mit grossem Mehr ab. Der Globalkredit wird nicht gekürzt.

624000 Asylwesen keine Anträge

627000 Prävention und Suchthilfe keine Anträge

632000 Alterszentren keine Anträge

638000 Spitex keine Anträge

641000 Beiträge im Gesundheits- und Altersbereich keine Anträge
651000 Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP) keine Anträge
691000 Departementssekretariat Soziales keine Anträge

Departement Technische Betriebe

710000 Stadtwerke Winterthur

St. Fritschi (FDP): Die FDP sieht in diesem Antrag ein ganz wichtiges Anliegen. Die vorgesehene Einlage in die Betriebsreserven des Stromhandels von 1,855 Millionen ist zu streichen. Mit dem zusätzlichen Betrag sollen die produzierenden Betriebe in Winterthur in den Genuss einer Gebührenreduktion kommen. Die Reserven der Stadtwerke enthalten bereits ein ansehnliches Vermögen. Die FDP sieht ein, dass eine Reserve notwendig ist. Aber es ist nicht einzusehen, dass noch zusätzlich fast 2 Millionen in die Reserven eingelegt werden sollen. Alle wissen, dass die Stromgebühren 2009 dramatisch ansteigen werden. Wer das nicht glauben will, soll sich mit den Unternehmen in Winterthur in Verbindung setzen. Der Bundesrat führt noch immer Diskussionen. Der Stadtrat hat keinen grossen Spielraum in Bezug auf die Steuern. Bei den Gebühren besteht jedoch ein grosses Potential. Die FDP erwartet, dass die 1,855 Millionen zur Verfügung gestellt werden, um die Strompreiserhöhung abzufedern, zu Gunsten der produzierenden Betriebe. Mit diesen Unternehmen sind viele Arbeitsplätze verbunden. Sie benötigen Strom, um diese Arbeitsplätze zu erhalten und stehen in einem internationalen Konkurrenzkampf. Die Betriebe könnten auch ins Ausland verlagert werden, wenn der Standort Winterthur nicht mehr attraktiv genug ist. Die Gebührenreduktion wäre ein kleiner Tropfen auf den heissen Stein. St. Fritschi bittet die Ratsmitglieder, dem Antrag zuzustimmen.

R. Wirth (SP): Die SP-Fraktion lehnt den FDP-Antrag entschieden ab. Es handelt sich um billigen Populismus. Mit einer seriös budgetierten Reserveeinlage im Stromhandel wollen die Stadtwerke den Unwägbarkeiten der volatilen Energiemärkte Rechnung tragen. Das nennt man eine seriöse energiewirtschaftliche Planung. Die Auswirkungen der neuen Stromgesetzgebung sind unklar. Das ist ein Grund Reserven zu budgetieren. Mit dem noch lange nicht vorhandenen Vermögen ein Paket zu schnüren für die produzierenden Betriebe, ist unsachlich. Die SP will zudem genau wissen was konkret mit produzierenden Betrieben gemeint ist. Wer soll in den Genuss dieser Vergünstigung kommen? R. Wirth bittet die Ratsmitglieder, den Antrag der FDP abzulehnen.

J. Altwegg (Grüne/AL): So verlockend dieser Antrag für die Gewerbetreibenden ist - Arbeitsplätze sind wichtig und damit lässt sich gut argumentieren – die Grüne/AL-Fraktion lehnt den Antrag ab. Die FDP ist Weltmeister im Herbeireden der Rezession. Es stellt sich immer die Frage, ob nicht innovativ etwas dagegen unternommen werden kann. Der Antrag hat zwei wesentliche Fussangeln. Die Definition welche Firmen zu den produzierenden Betrieben gehören, ist nicht einfach. Sind es einfach die Hersteller von grossen Maschinen oder gehören Dienstleistungsbetriebe, die zum Beispiel technische Dokumentationen schreiben, ebenfalls dazu. Ausserdem sollen Stromverschwender nicht belohnt werden. Genau das wäre der Fall. Die Grüne/AL-Fraktion lehnt dieses Vorgehen ab. Ein Beispiel aus Zürich zeigt, dass es auch anders geht. Eine Bäckerei bezieht freiwillig Ökostrom und gibt pro Jahr 20'000 Franken mehr für den Strom aus, als andere Betriebe. Eine Bäckerei benötigt viel Strom, trotzdem ist dem Besitzer die Ökologie wichtiger als das Geld. Deshalb sollen die Stadtwerke ihre Reserven in zukunftsgerichtete Projekte investieren, statt energetische Gedankenlosigkeit zu unterstützen. Die Grüne/AL-Fraktion lehnt diesen Antrag ab.

St. Fritschi (FDP): Gemäss Antrag soll lediglich kein Geld in die Betriebsreserven fliessen. Die Gebührenhoheit liegt beim Stadtrat. Die FDP kann nur Hinweise geben, dass es sinnvoll wäre, die produzierenden Betriebe zu entlasten. Wenn R. Wirth sich in Betriebsökonomie gut auskennt, heisst es noch lange nicht, dass er weiss, wie hoch der Stromverbrauch der

produzierenden Betriebe ist. Das ist ein grosses Problem. Wenn man genau zuhört, dann merkt man, dass sich dieses Problem nicht einfach zur Seite schieben lässt.

Ch. Kern (SVP): Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag der FDP. Ch. Kern ist erstaunt, dass über diesen Antrag diskutiert wird und nicht alle wissen was ein Produktionsbetrieb ist. In der 1. Lektion in Betriebswirtschaft lernt man die 3 Wirtschaftssektoren kennen. Deshalb sollte allen klar sein, was ein Produktionsbetrieb ist. Das wirtschaftliche Umfeld ist schwierig – vor allem für die produzierenden Betriebe in Winterthur. Diese Betriebe müssen mit eklatanten Gebührenerhöhungen rechnen. Es ist wirklich ein grosses Thema. Der Stadtrat wird bereits Gespräche mit den betroffenen Unternehmern geführt haben. Es geht darum, dort zu intervenieren, wo es zu Problemen aufgrund der Strompreise kommen könnte. Ch. Kern bittet die Ratsmitglieder den Antrag zu unterstützen.

D. Hauser (SP): Erstens ist eine Interpellation hängig, die dieses Thema behandelt. Die Auswirkungen der Stromerhöhung sowohl auf die Konsumentinnen und Konsumenten, wie auch auf die Unternehmen sollen geklärt werden. Diese Antwort gilt es jetzt abzuwarten. Zweitens dienen die Reserven als Schwankungsreserven, um Strompreiserhöhungen abzufedern, beziehungsweise nicht auszusprechen, wenn diese nicht opportun sind. Insofern ist diese Reserve nichts Böses. Es ist richtig, dass ein Überschuss in die Reserven eingelegt wird. Entwicklungen auf dem Strommarkt müssen aber genau beobachtet werden. Wenn man diese aus politischen Gründen nicht nachvollziehen will, dann müssen sie nicht eins zu eins an die Kundschaft weitergegeben werden. Die Äufnung der Reserven steht dem Anliegen der FDP nicht entgegen. Jetzt soll die Antwort des Stadtrates abgewartet werden, damit anhand von Fakten ein Entscheid gefällt werden kann.

M. Stutz (SD) gibt zu Bedenken, dass auch auf die Ökologie geachtet werden muss. Das erste wird sein, dass die Betriebe auf billige Kernenergie umstellen. Damit können sie am meisten Geld einsparen. Sie werden künftig keinen Recycling- oder Solarstrom mehr beziehen. Die Schaffung von Reserven in dieser kritischen Situation ist nicht sinnvoll. Deshalb sollte der Rat dem Antrag der FDP zustimmen.

St. Fritschi (FDP) hat die Interpellation von D. Hauser unterstützt. Auf die Interpellationsantwort muss der Rat aber 6 Monate warten. Das ist zu lange. Entscheide sind jetzt notwendig. Gemäss einer Umfrage müssen die Betriebe im Durchschnitt 4 % mehr bezahlen für den Strom. Die Teuerung beträgt bereits 1,7 %, zusätzlich steigen jetzt die Energiekosten stark an. Es gibt Betriebe, die zwischen 5 und 10 % ihres Budgets für Energie ausgeben müssen. Das ist zu viel. Wenn der Rat keinen Weg findet, um die Gebührenerhöhung abzufedern, werden Arbeitsplätze gefährdet. Es handelt sich dabei oft um einfache Arbeitsplätze, die nicht so schnell ersetzt werden können. St. Fritschi bittet die Ratsmitglieder, ein Augenmerk auf die Winterthurer Betriebe zu richten.

M. Zeugin (EVP/EDU/GLP) hofft, dass diese Betriebsreserven in erneuerbare Energien investiert, und dass die Stadtwerke keine Atomstromanteile einkaufen werden. Da ist man nicht so sicher. Es macht Sinn, dass man dem Stadtrat eine gewisse Flexibilität zugesteht. Der Rat muss aber darauf achten, wofür die Reserven eingesetzt werden.

Stadtrat M. Gfeller bedauert, dass er den Standpunkt des Stadtrates in der Sachkommission Bau und Betriebe nicht detailliert erläutern konnte. Das hätte er sehr gerne gemacht. Um die Situation im Rat genau zu erklären, reicht die Zeit nicht aus. Die Strommarktpolitik wurde in den letzten ein bis zwei Jahren stark durchgeschüttelt. Das haben auch die Stadtwerke zu spüren bekommen. Es scheint aber, dass die neuesten Entwicklungen noch nicht überall genau analysiert worden sind. Die Stadtwerke haben von den ursprünglich angekündigten Systemdienstleistungen, die an den nationalen Netzbetreiber bezahlt werden müssen und 0,9 Rappen pro kWh kosten, lediglich 0,6 Rappen an die Industrie weiterverrechnet, um die Betriebe zu schonen. Neuestens ist ein Bundesratsentscheid veröffentlicht worden, der besagt, dass die Stromversorgungsverordnung erneut geändert werden soll, obschon der

Stadtrat in sehr kurzer Zeit die Tarifstruktur im August 2008 bereinigen musste. Der Bundesrat hat auf den 1. Januar 2009 die Tarifstruktur erneut geändert. Mit andern Worten das Chaos ist beinahe perfekt. Die vom Stadtrat publizierten Tarife sind nicht mehr gültig. Diese Änderungen können unter Umständen mehr kosten, als die 1,855 Millionen. Zum jetzigen Zeitpunkt kann nicht mit diesem Betrag gerechnet werden. Stadtrat M. Gfeller erinnert daran, dass der Stadtrat, wenn es aufgrund der Rechnung gerechtfertigt war, einen Bonus an die Kundinnen und Kunden ausgezahlt hat. Wenn die Rechnung gut ausfällt, kann durchaus eine Rückzahlung erfolgen. Vor einer Zahlung muss aber die Rechnung bekannt sein. St. Fritschi schlägt jetzt vor, das Geld bereits im Voraus zu verteilen. Die grossen Stromkunden können sich zudem jederzeit dazu entscheiden den Anbieter zu wechseln. Dann bricht ein Teil des Umsatzes weg. Auch die Transferzahlung an die Stadtkasse würde dann wegbrechen. Deshalb ist ein Beschluss jetzt nicht sinnvoll. Ein Schnellschuss zum jetzigen Zeitpunkt ist klar abzulehnen.

Ratspräsident W. Langhard lässt über den Antrag der FDP abstimmen, die Einlage in die Betriebsreserven von 1,855 Millionen zu streichen.

Der Rat lehnt den Antrag ab.

731000 Stadtbus Winterthur keine Anträge

732000 FinöV Stadt keine Anträge

745000 Forstbetriebe keine Anträge

750000 Stadtgärtnerei

Zielvorgaben/Messgrössen: 4.3 Naturnah gepflegte Flächen: Die Sachkommission Bau und Betriebe stellt den Antrag den Anteil naturnah und extensiv gepflegten Flächen von 20 % auf 21 % zu erhöhen. Der Antrag wurde in der Kommission einstimmig angenommen. Es werden keine weiteren Anträge gestellt. Der Stadtrat ist mit der Änderung einverstanden. Damit ist der Antrag angenommen.

810000 Stadtkanzlei

Ch. Denzler (FDP): Die FDP-Fraktion hat ursprünglich folgenden Antrag gestellt: Der Globalkredit ist um 90'000 Franken zu kürzen. Die zusätzliche Stelle Sachbearbeiterin Einbürgerungen ist nicht notwendig. Die Stelle müsste befristet werden, da das Fallzahlenwachstum aufgrund des Gebührenwechsels zu beobachten ist. Nach eingehender Abklärung zieht die FDP diesen Antrag zurück. Bei einer transparenteren Erläuterung im Voranschlag, wäre es nie zu diesem Antrag gekommen. Dass die bereits geschaffene Stelle vor allem der Entlastung der Stadtkanzlei dient und nur zu 35 % zur fristgerechten Bewältigung von Einbürgerungsgesuchen dient, geht aus dem Text der Erläuterung nicht hervor. Die FDP schätzt den enormen Einsatz von Stadtschreiber A. Frauenfelder und kann nachvollziehen, dass er entlastet werden muss. In diesem Sinne zieht die FDP den Antrag zurück. Diese Stelle ist von der Produktgruppe Stadtentwicklung abgezogen worden. Ergo müsste sie dort als Minus verbucht sein. Das ist sie aber nicht. Das wirft Fragen auf.

Stadtpräsident E. Wohlwend weiss nicht woher diese Interpretation kommt. Zwischen der Stadtentwicklung und der Stadtkanzlei findet kein Transfer statt. Das ist eine falsche Information. Wenn dieser Punkt in der Kommission hätte besprochen werden können, dann hätte der Stadtrat die Aufteilung zwischen Einbürgerungen und Stadtkanzlei erklären können. Ein Transfer zwischen Stadtkanzlei und Stadtentwicklung gibt es nicht. Aber eine Person aus der Stadtentwicklung hat eine Stelle bei der Stadtkanzlei angetreten. Das hat nichts mit den Stellenprozenten zu tun.

Ratspräsident W. Langhard: Es werden keine Anträge gestellt. Damit ist das Budget der Produktegruppe Stadtkanzlei genehmigt.

860000 Ombuds- und Datenaufsichtsstelle

Produkt 1 Ombudsstelle: Die Aufsichtskommission stellt folgenden Antrag: Der Gemeinderat hat beschlossen, dass die Ombudsstelle nicht mehr als 300'000 Franken kosten darf. Somit muss der Globalkredit um 4'200 Franken gekürzt werden. Der Antrag wurde in der Kommission mit 8 zu 3 Stimmen angenommen.

Ratspräsident W. Langhard stellt fest, dass kein Ablehnungsantrag gestellt wird. Damit ist der Antrag der Aufsichtskommission angenommen.

Schlussabstimmung

St. Fritschi (FDP): Der Gemeinderat hat rund 120'000 Franken mehr ins Budget eingestellt, als vom Stadtrat vorgesehen. Die FDP-Fraktion hat ihre Kürzungsanträge nicht durchsetzen können. Das wird die Fraktion akzeptieren und dem Budget trotzdem zustimmen. Die FDP erwartet aber vom Stadtrat, der stets betont wie zielgenau er budgetiert, dass er das Budget in Bezug auf die Mehraufwendungen, die der Gemeinderat gegen den Willen der FDP beschlossen hat, nicht einfach ausschöpft.

R. Isler (SVP): Die SVP hat ebenfalls die Rechnung gemacht und festgestellt, dass ein Sparantrag angenommen worden ist. Die SVP hat zwar bekräftigt, dass sie keinen Mehraufwand tolerieren wird. Sie wird jetzt aber über ihren Schatten springen. Der Erhöhung von ca. 120'000 Franken steht einem Budget von über 1 Milliarde gegenüber. Eine Ablehnung wäre deshalb unverhältnismässig. Trotzdem ermahnt die SVP die Stadträtinnen und Stadträte mit den Finanzen sehr haushälterisch umzugehen. Bis die Stadt die Finanzhoheit erreicht hat, wird es noch eine Zeit dauern. In Bezug auf den Finanzausgleich sind die Gebergemeinden am bluten. Der Topf wird merklich kleiner werden. Auch der Kanton hat es nicht fertiggebracht zu sparen. Der Kanton Zürich gibt soviel Geld aus wie noch nie zuvor. Das wird Auswirkungen auf die Gemeinden haben, weil die Kosten überwältzt werden. Der Gemeinderat hat sich heute Abend nicht mit Ruhm bekleckert – er hat Mehrausgaben beschlossen. Auch für eine nachhaltige Entwicklung wurde mehr ausgegeben als unbedingt notwendig gewesen wäre. Es ist zwar unbestritten, dass das auch Sinn macht. Das absolut Notwendige muss aber unbedingt vom Wünschbaren getrennt werden. Die SVP sieht dunkle Zeiten auf die Stadt zukommen. Spätestens in zwei Jahren wird der Gemeinderat wieder über Sparmassnahmen diskutieren müssen, weil der Kanton diese Massnahmen der Stadt auferlegt. Man hört heute bereits zwischen den Zeilen – vor allem auch von den Gebergemeinden – dass das Niveau in Winterthur relativ hoch ist. Die SVP wird – zwar mit Knurren – dem Budget zustimmen.

Ratspräsident W. Langhard: Die Produktegruppen sind durchberaten. Zum Teil A werden keine Anträge mehr gestellt. Damit hat der Gemeinderat dem Teil A zugestimmt.

Ratspräsident W. Langhard: Antrag 1: Die Voranschläge über die Globalkredite und Leistungsziele der Produktegruppen der Stadt Winterthur in der Laufenden Rechnung für das Jahr 2009 werden genehmigt.

Der Rat stimmt dem Antrag 1 einstimmig zu.

Ratspräsident W. Langhard: Antrag 2: Die Voranschläge über die Aufwendungen und Erträge der Laufenden Rechnung für das Jahr 2009 des noch nicht in die wirkungsorientierte Verwaltungsführung überführten Teils der Volksschule werden genehmigt.

Der Rat stimmt dem Antrag 2 einstimmig zu.

Ratspräsident W. Langhard: Antrag 3: Die Voranschläge über die Aufwendungen und Erträge der Stadt Winterthur in den Investitionsrechnungen des Verwaltungsvermögens und des Finanzvermögens für das Jahr 2009 werden genehmigt.

Der Rat stimmt dem Antrag 3 einstimmig zu.

Ratspräsident W. Langhard: Antrag 4: Die ordentliche Gemeindesteuer wird auf 123 % (2008 123 %) der einfachen Staatssteuer festgesetzt und zusammen mit der gesetzlichen Personalsteuer (24 Franken pro Person) in sieben Raten gleichzeitig mit den Staatssteuern bezogen.

Der Rat stimmt dem Antrag 4 einstimmig zu.

Ratspräsident W. Langhard: Antrag 5: Der integrierte Aufgaben- und Finanzplan der Stadt Winterthur für die Jahre 2010 bis 2012 wird zur Kenntnis genommen.

Der Rat stimmt dem Antrag 5 einstimmig zu.

Ratspräsident W. Langhard: Antrag 6: Der Stadtrat wird ermächtigt, die pauschal in der Produktegruppe „Städtische Allgemeynkosten“ eingestellten und vom Grossen Gemeinderat bewilligten Beträge für die Personalmassnahmen im definitiven Budget auf die Lohnkonti der einzelnen Produktegruppen zu verteilen.

Der Rat stimmt dem Antrag 6 einstimmig zu.

8. Traktandum

GGR-Nr. 2008/092: Teilverzicht auf Rückforderung von Darlehen an den Verein Rheuma-Volkshelstätte Leukerbad und Bewilligung der Löschung von Grundpfandsicherungen

Y. Beutler (SP): Weihnachten steht vor der Tür. Mit einem Ja zu dieser Weisung schenkt der Gemeinderat der Stadtkasse 231'500 Franken und dem Kanton Wallis Arbeitsplätze.

U. Bründler (CVP): Immerhin bedeutet das für die Stadt 231'500 Franken Einnahmen – das ist besser als nichts. Mit der Übernahme der Klinik durch private Investoren bleiben beide Kliniken erhalten, ebenso die Arbeitsplätze. Das ist für die CVP wichtig. Denn in dieser abgelegenen Gegend, sind Arbeitsplätze rar. Die CVP-Fraktion stimmt dem Teilverzicht zu.

R. Isler (SVP): Es ist richtig, dass die Stadtkasse 231'500 Franken erhält, nur hat vorgängig jemand ca. 750'000 Franken bezahlt. Dafür kann aber die jetzige Regierung nichts. Die Frage ist, wie viele Leichen hat die Stadt noch im Keller. Es ist zu hoffen, dass diese Leichen bald an die Oberfläche kommen. Es ist fehl am Platz, zu meinen, die Stadtkasse erhalte einfach Geld. Die Stadt hat viel mehr bezahlt.

B. Günthard-Maier (FDP): Die FDP stimmt dem Antrag zu.

M. Zeugin (EVP/EDU/GLP): Auch die EVP/EDU/GLP-Fraktion stimmt dem Antrag zu, auch wenn die Fraktion der Meinung ist, dass die rechtliche Situation nicht ganz klar ist. Einerseits wird von einem Darlehen gesprochen und andererseits von einer Investition. Die Fraktion stimmt zwar der Weisung zu, hofft aber, dass in der Stadtverwaltung künftig keine Kredite mehr verloren gehen.

Stadträtin V. Gick dankt den Ratsmitgliedern für die Zustimmung.

Ratspräsident W. Langhard stellt fest, dass kein Ablehnungsantrag gestellt worden ist, damit ist der Antrag angenommen.

Bürgerrechtsgeschäfte

- 1. B2007/059: Tas Mamo, geb. 1948 und Ehefrau Tas geb. Hayda Cennet, geb. 1953, türkische Staatsangehörige**
-

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (4:2 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

- 2. B2008/052: Maksimovic geb. Stojanovic Stanislava, geb. 1977, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige**
-

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

- 3. B2008/079: Ergen geb. Gürler Neriman, geb. 1950, türkische Staatsangehörige**
-

P. Fuchs (SVP): In der Befragung wurde festgestellt, dass die Deutschkenntnisse von Frau Ergen nicht genügen. Sie hatte Mühe dem Gespräch zu folgen und hat weder die Fragen verstanden noch antworten können. Deshalb beantragt die Kommission die Rückstellung um 1 Jahr. P. Fuchs bittet die Ratsmitglieder, dem Antrag zu folgen.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) zu und beschliesst die Rückstellung um 1 Jahr.

- 4. B2008/087: Ildem Veysel, geb. 1966, türkischer Staatsangehöriger**
-

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

- 5. B2008/098: Saranovic geb. Todorovic Biljana, geb. 1975 und Ehemann Saranovic Radoslav, geb. 1973, mit Kindern Vanja, geb. 2001 und Martina, geb. 2003, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige**
-

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

6. B2008/106: Knezevic geb. Todorovic Dragana, geb. 1977, mit Kind Valentina, geb. 2006, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (4:2 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

7. B2008/113: Ramadani Nerdzan, geb. 1987, mazedonische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

8. B2008/164: Krpoun Ricardo, geb. 1947 und Ehefrau Krpoun geb. Siebert Elisabeth, geb. 1952, brasilianische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

9. B2008/179: Susic geb. Matic Milanka, geb. 1978, mit Kindern Nevena, geb. 1996 und Ana, geb. 1999, serbische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

10. B2008/180: Springer Karl, geb. 1942, deutscher Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

11. B2008/181: Stevanovic Milomir, geb. 1958 und Ehefrau Stevanovic geb. Civic Slavica, geb. 1963, mit Kind Dijana, geb. 1996, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

12. B2008/183: Berisha Shaban, geb. 1957 und Ehefrau Berisha geb. Ahmeti Hava, geb. 1957, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

13. B2008/184: Borth Joachim Theodor Arnold, geb. 1955 und Ehefrau Joly-Borth geb. Joly Angela, geb. 1955, deutsche Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

14. B2008/186: Jove Sacobos geb. Jove Epifania, geb. 1953 und Ehemann Sacobos Gil, geb. 1957, mit Kindern Sacobos Darygil, geb. 1992 und Sacobos Giliane Rica, geb. 1997, philippinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

15. B2008/187: Lorenzo González Modesto, geb. 1976, spanischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

16. B2008/188: Ademi Ariv, geb. 1964, mazedonischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

17. B2008/189: Azemi geb. Bajrami Ganimete, geb. 1982 und Ehemann Azemi Djemilj, geb. 1974, mit Kindern Majlinda, geb. 2002 und Arlind, geb. 2003, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

H. Iseli (EDU): Die Kommissionsmitglieder haben versucht die Familie zu befragen – ohne grossen Erfolg. Die Fragen wurden so einfach wie möglich gestellt und wiederholt. Die Eheleute wurden auch in Hochdeutsch befragt. Diese Bemühungen blieben erfolglos. Das Ehepaar kann wohl Deutsch, konnte aber die Fragen nicht beantworten. H. Iseli bittet die Ratsmitglieder, die Familie um ein halbes Jahr zurückzustellen.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) zu und beschliesst die Rückstellung um ½ Jahr.

18. B2008/190: Dauti geb. Mahmudi Mevljudie, geb. 1982, mazedonische Staatsangehörige

W. Dubochet (SP): Die Sachkenntnisse von Frau Dauti waren mangelhaft. Sie spricht zwar gut Deutsch, konnte aber kaum eine Frage beantworten. Die BÜK beantragt einstimmig die Rückstellung um ½ Jahr.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) zu und beschliesst die Rückstellung um ½ Jahr.

19. B2008/191: Eminovic Etem, geb. 1977 und Ehefrau Eminovic geb. Hasani Shpresa, geb. 1973, mit Kindern Alban, geb. 1995 und Agon, geb. 2000, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

20. B2008/192: Gamiao Amado, geb. 1956 und Ehefrau Gamiao geb. Jove Bernardita, geb. 1958, mit Kind Patrick, geb. 1994, philippinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

21. B2008/193: Pelagatti geb. Hühwels Ingrid Anne Marie, geb. 1951, italienische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

22. B2008/194: Rajappu Christy Mark, geb. 1970, mit Kind Neethan, geb. 2008, srilankische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

23. B2008/195: Stojkovic Stojan, geb. 1944 und Ehefrau Stojkovic geb. Savic Stojanka, geb. 1941, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (4:3 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

24. B2008/196: Wlazlo Michal Kazimierz, geb. 1949 und Ehefrau Wlazlo geb. Niemiec Maria Weronika, geb. 1952, polnische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

25. B2008/197: Zbit Yasmine, geb. 1978, marokkanische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

26. B2008/198: Abdi Zumrija, geb. 1978, mit Kind Murati Sabina, geb. 2001, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

27. B2008/205: Jankovic Dusan, geb. 1959 und Ehefrau Jankovic geb. Petrovic Slavica, geb. 1962, serbische Staatsangehörige

Nicht behandlungsreif

28. B2008/258: Govori Majlinda, geb. 1993, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

29. B2008/259: Govori Rinor, geb. 1995, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

30. B2008/262: Rexhaj Besfort, geb. 1992, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

H. Iseli (EDU) gratuliert den eingebürgerten Gästen zum Schweizer Bürgerrecht und bedankt sich, dass sie die Ratssitzung besucht haben.

Ratspräsident W. Langhard gratuliert ebenfalls ganz herzlich zum Winterthurer Bürgerrecht.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:

Die 1. Vizepräsidentin:

Die 2. Vizepräsidentin:

W. Langhard (SVP)

Y. Beutler (SP)

U. Bründler (CVP)

Katharina Lang